

KoFra 123

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
August/September 2007
25. Jg.
ISSN 0949-0000

Frauen als Retterinnen in der Nazizeit

- Über Frauen in Deutschland, die in der Nazizeit Verfolgte versteckten (Martina Voigt)
 - Justitia jenseits von Gut und Böse
 - Kinder und Jugendliche gegen häusliche Gewalt
 - Kampf gegen Genitalverstümmelung im United Kingdom
 - Koran-Urteil empörte Politiker
 - Lilli Marleen oder dürfen Frauen Männerlieder singen?
(Glosse von Luise F. Pusch)
 - Studie: Jungen nehmen Mädchen am Pausenhof Platz weg
 - Frauen leben länger – aber wovon?
 - Inder sind ein Volk von Kinderschändern
 - EU Kommission startet online-Umfrage über Diskriminierung
 - Rituelle Gewalt und Ausstieg aus Täterzusammenhängen
 - Einige Fragen zur Antwort...
- Antje Schrupp über Alice Schwarzer: Die Antwort

Inhalt:

Schwerpunkt:

Über Frauen in Deutschland, die in der Nazizeit Verfolgte versteckten
(Martina Voigt) **3**

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **15**

Lobby für Menschenrechte zum Karlsruher Koran-Urteil: "Justitia jenseits von Gut und Böse", Projektstart: Kinder und Jugendliche gegen häusliche Gewalt in Österreich, Medica mondiale fordert 50 Prozent afghanische Polizistinnen, Toleranz gegenüber lesbischen und schwulen Jugendlichen muss gestärkt werden, 30 000 Euro Belohnung im Kampf gegen Genitalverstümmelung im United Kingdom, Koran-Urteil empörte PolitikerInnen

Laut&Luise: Glosse von Luise F. Pusch **20**

Lilli Marleen oder dürfen Frauen Männerlieder singen?

Themen **21**

Studie Uni Wien: Jungen nehmen Mädchen am Pausenhof Platz weg, Friedrich-Ebert-Stiftung: Frauen leben länger – aber wovon? Gestiegene Einkommensunterschiede: Grüne: Quittung für frauenpolitische Passivität der Bundesregierung, Schavan: "Wir müssen das Potenzial der Frauen nutzen!",

Nachrichten **25**

Inder sind ein Volk von Kinderschändern, Urteil im Pädophilen-Prozess
500.000 Kinderpornos gespeichert,

Literatur **28**

Einige Fragen zur Antwort... Antje Schrupp über Alice Schwarzer: Die Antwort

Termine **30**

"Frauengeschichte(n): Die Geschlechterdebatte um 1800 in Weimar und aktuelle Diskurse in Europa", Weimar; Rituelle Gewalt und Ausstieg aus Täterzusammenhängen, Göttingen, Frauenmusikfestival in Wales, Women & Girls ROCK! 15. Niedersächsische Frauenmusiktage in Syke

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Frauen als Retterinnen in der Nazizeit

Über Frauen in Deutschland, die in der Nazizeit Verfolgte versteckten

Martina Voigt

An einem Nachmittag Anfang Februar 1943 besuchte die Studentin Hildegard Kniess ihre Tante Christine Engler in deren Lebensmittelgeschäft in Berlin. Seit dem Tod von Kniess' Mutter waren sich Nichte und Tante näher gekommen und sahen sich recht häufig.

Sie standen plaudernd im Laden, als ein Mann das Geschäft betrat, seine Tasche auf's Revers gepresst. Frau Engler packte ihm etwas abseits ein paar Waren ein, und Hilde Kniess hörte, wie beide über irgendwelche Zimmer sprachen, die noch nicht gefunden seien. Enttäuscht und eilig verschwand der Mann wieder aus dem Geschäft.

„Was für Zimmer suchst Du denn? Kann ich Dir helfen?“ fragte Hilde Kniess.

„Solche Zimmer hast Du nicht“, wehrte Frau Engler ab.

Aus ihrer Sicht hatte Frau Engler recht: Die Studentin Hildegard lebte in einer Ein-Zimmer-Wohnung in Berlin-Charlottenburg und hatte gewiss nichts zu vermieten. Obwohl sie für damalige Studenten gut lebte. Der Vater hatte ihr das Apartment gekauft. Er war Schraubenfabrikant und wohlhabend. Die Rüstungsproduktion des Nazi-Regimes verschaffte ihm Aufträge, und er war im Großen und Ganzen mit der Regierung zufrieden. Weniger zufrieden allerdings war er mit seiner Tochter, die schon seit Jahren „Dinge trieb, die noch mal ins Auge gehen könnten.“ In den Krei-

sen, in denen sie sich bewegte, ging es alles andere als regierungstreu zu. Manches davon ahnte die Tante. Was sie aber nicht wusste: Als die Begegnung im Laden stattfand, hielt ihre Nichte schon mindestens eine jüdische Frau in ihrer kleinen Wohnung versteckt.

Was Hildegard Kniess aber nicht gewusst hat: Auch ihre Tante nahm sich der Ausgegengenen und Entrechteten an, steckte ihnen mehr Lebensmittel zu als sie auf ihre wenigen Marken erhielten und beriet seit Wochen mit dem scheuen Kunden die Flucht seiner Familie in ein Versteck, um der Deportation, der sogenannten „Abholung“ durch die Gestapo zu entgehen.

Diese zwei Frauen gehörten zu den wenigen Menschen im Deutschen Reich, die ohne Rücksicht auf das eigene Wohlergehen, die eigene Freiheit, ja das eigene Leben verfolgten Juden beistanden. Wie wir heute wissen, waren Frauen unter diesen Mutigen offenbar in der Mehrheit. Noch vor wenigen Jahren kamen Schätzungen auf einen Anteil von 70 Prozent Frauen unter diesen LebensretterInnen. Unsere neuesten Recherchen gleichen das Verhältnis von Männern und Frauen allerdings etwas aus. Nach den letzten Zahlen, die ich aus unserer im Aufbau befindlichen Datenbank abfragte, war der Anteil der Frauen nunmehr auf knapp 60% gesunken.¹ Die Forschung ist jedoch noch im Fluss. Da wir noch nicht alle Unterlagen

¹ Abfrage der Forschungsdatenbank des Projekts „Stille Helden“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand vom 3.5.2007: Zahl der Helfer insgesamt: 3152, davon 1866 Frauen (59,2%) und 1286 Männer (40,8%).

durchgesehen haben, die man zu Rate ziehen muss – und das sind erstaunlich viele – können wir hierüber noch keine abschließenden Ergebnisse nennen.

Die Mehrheit der deutschen RetterInnen waren Frauen

Unverrückbar aber bleibt die Tendenz: Die Mehrheit der deutschen Retter von Juden waren Frauen. Die Beherbergung und Versorgung illegal lebender Verfolgter ist zugleich die einzige Widerstandsform gegen den Nationalsozialismus, in der Frauen so deutlich zu den tragenden, verantwortlichen Kräften gehörten. Ihr Anteil an politischen Widerstandshandlungen wird dagegen nur auf maximal 15% geschätzt. Was also brachte Frauen dazu, gerade diesen Widerstand zu leisten? Und gab es etwas, das Frauen in besonderem Maße dafür qualifizierte?

Lassen wir uns zunächst noch tiefer auf ihre Handlungen ein und gehen zurück in den Lebensmittelladen.

Hilde Kniess und Christine Engler fassten sich ein Herz und sprachen sich noch vertrauensvoller aus. Als Hilde Kniess den hilfeschuchenden Mann wenig später erneut im Laden antraf, steckte sie ihm ihre Adresse zu „Falls sie also mal ein Zimmer brauchen...“

Schon kurz darauf war es soweit. Bei der großen Berliner Razzia gegen die jüdischen Zwangsarbeiter Ende Februar 1943 flohen Ernst Goldstein – so hieß der Mann –, seine Ehefrau und das vierjährige Töchterchen Evy in die Illegalität. Auf dem Dachboden ihres Hauses versuchten sie auszuharren und wären fast verhaftet worden. Nun suchten sie Hilfe bei Frau Engler, die die Drei in einer Kammer neben ihrem Laden verbarg. Doch die Ladenhilfe schöpfte Verdacht. Wieder musste die Familie fliehen, sich nun aber trennen. Hilde Kniess nahm das kleine Mädchen zu sich, gab es als Kind einer Freundin aus, die im Krankenhaus läge, und kümmerte sich monatelang um die Kleine.

Hildegard Kniess war im konspirativen Handeln geradezu geübt. Seit ihrer Schulzeit beteiligte sie sich an widerständigen Handlungen. Als die Nazis an die Macht gekommen waren, hatte sie die vorletzte Klasse eines angesehenen Berliner Mädchengymnasiums besucht. Viele jüdische Schülerinnen gingen auf diese Schule und die Lehrerschaft war sozialdemokratisch geprägt. Im Frühjahr 1933 waren etliche Lehrer aus politischen und rassistischen Gründen entlassen und die Schule der Umgestaltung des Unterrichts nach national-sozialistischen Vorgaben unterworfen worden. In dieser Situation bildeten einige der verbliebenen, politisch aber oppositionellen Lehrerinnen gemeinsam mit Schülerinnen der beiden Oberklassen einen „widerständigen Freundeskreis“. Sie versuchten, sich schützend vor die jüdischen Mitschülerinnen zu stellen und auch sonst „Sand ins Getriebe“ zu streuen. Zu diesen widersetzlichen Mädchen gehörte auch Hilde Kniess.

Zwei Lehrerinnen im „widerständigen Freundeskreis“:

Zum einen war da Frau Dr. Elisabeth Schmitz, protestantische Religionslehrerin, 40 Jahre alt, ledig und äußerlich angeblich eher eine blasse Erscheinung. Sobald sie aber zur Feder griff, wandelte sie sich zur Kämpferin: Als Mitglied der Bekennenden Kirche rief sie ihre Kirchenleitung über Jahre hinweg hartnäckig und zäh zur uneingeschränkten Solidarität mit den verfolgten Juden auf und forderte ein deutliches, öffentliches Wort der Geistlichen gegen den Naziterror. 1935/36 richtete sie ein Memorandum über die Judenverfolgung an die Leitungsgremien der Bekennenden Kirche, das bis heute als eines der klarsten evangelischen Zeugnisse gegen die Judenverfolgung der Nazis gilt. Nur: Es blieb ohne jede Wirkung und versank bis in die Nachkriegszeit in den Akten der Kirchengremien. Und dies, obwohl Schmitz darin schon früh den Völkermord voraussah. Drei Jahre vor der Pogrom-

nacht und sechs Jahre vor Beginn der systematischen Massenmorde schrieb sie an ihre Kirche:

„ [...] , dass es keine Übertreibung ist, wenn von dem Versuch der Ausrottung des Judentums in Deutschland gesprochen wird“²

Die andere Lehrerin in diesem Kreis war Dr. Elisabeth Abegg, damals knapp über 50 Jahre alt, ebenfalls ledig, Lehrerin für Geschichte, Französisch und Latein. Sie stand der Religionsgemeinschaft der Quäker nahe, der sie aber erst 1941 beitrug. Abegg war linksliberal geprägt, hatte große Sympathien für die Sozialdemokratie, war in der Frauenbewegung aktiv gewesen und sozial engagiert. Republikanerin durch und durch, war sie von Anfang an eine entschiedene Gegnerin des Nazi-Regimes.

Tatkräftig und gewinnend wie sie war, versuchte sie diesen freisinnigen Geist trotz aller Widrigkeiten bei ihren Schülerinnen wachzuhalten. Sie setzte früh alle Hebel in Bewegung, um entrechteten jüdischen Freunden seelisch und wirtschaftlich beizustehen und ihnen bei der Auswanderung zu helfen. Auch war sie offenbar Mitglied einer linksliberalen politischen Widerstandsgruppe, doch ist es sehr schwer, darüber genaueres zu erfahren.

Aufgrund ihres früheren Engagements war ihr Bekanntenkreis sehr groß und bestand aus Regimegegnern vieler Richtungen. Es waren meist akademisch gebildete Frauen, politisch eher links oder linksliberal stehend, der bürgerlichen Frauenbewegung oder religiösen sozialen Vereinigungen zugehörig.

² Zitiert nach: Dietgard Meyer, „Elisabeth Schmitz: Die Denkschrift ‚Zur Lage der deutschen Nichtarier‘“, in: Hannelore Erhard, Ilse Meseburg-Haubold und Dietgard Meyer, Katharina Staritz 1903-1953. Dokumentation Band 1: 1903-1942. Mit einem Exkurs Elisabeth Schmitz, Neukirchen-Vluyn 1999, S. 185-269, hier S. 194.

Der Einfluss beider Frauen, Schmitz' und Abeggs, auf die jungen Frauen in dem „widersetzlichen Freundeskreis“ kann nicht überschätzt werden. Für Hilde Kniess, deren Vater das Nazi-Regime eher begrüßte, waren die beiden Lehrerinnen eine Art politische Mentorinnen. Ebenso aber auch der Vater einer Schulfreundin, der sehr strikt gegen das Regime eingestellt war. Ein übriges bewirkte die Freundschaft zu den jüdischen Schulfreundinnen, die man in diesem Kreis natürlich nicht fallen ließ. Glücklicherweise konnten diese alle noch während der dreißiger Jahre aus Deutschland auswandern. Die „widersetzlichen“ Mädchen und Lehrerinnen hielten auch nach dem Abitur zusammen.

Aufgrund ihrer politischen Einstellung verloren Elisabeth Abegg und Elisabeth Schmitz schließlich ihre Stellungen im Schuldienst.

Ein Rettungsnetzwerk wird geknüpft

Als im Oktober 1941 die Deportationen der Juden aus Deutschland begannen, steuerte dieser Kreis geradezu selbstverständlich auf die Unterstützung der Verfolgten auch mit gefährlichen Mitteln zu. Elisabeth Abegg drängte ihre langjährige Freundin, eine Christin aus jüdischer Familie, sich bei ihr zu verstecken. Diese aber weigerte sich, illegal zu leben, und wurde im Juli 1942 in das „Altersghetto“ Theresienstadt deportiert. Abegg, die machtlos die Verschleppung der Freundin hatte geschehen lassen müssen, erfuhr bald darauf vom wahren Ausmaß der Massenmorde im deutsch besetzten Osteuropa. Sie entschloss sich nun, so viele Juden wie möglich zu warnen, zum Untertauchen zu bewegen und ihnen jede mögliche Hilfe zukommen zu lassen. Bewusst knüpfte sie neue Kontakte zu Juden.

In ihrem Bekanntenkreis, auch bei Frau Schmitz und ihren früheren „widersetzlichen“ Schülerinnen, fand sie rasch weitere UnterstützerInnen für dieses Hilfswerk. Vermittelt über Elisabeth Abegg fand auch bei Hilde Kniess eine erste Verfolgte ein

illegales Quartier. Später nahm unter anderen auch Elisabeth Schmitz diese Frau bei sich auf.

Und ebenso fand die Familie Goldstein in den Kreisen von Kniess, Abegg und Schmitz einige weitere Helfer. Die Familie traf jedoch ein großes Unglück: Ernst Goldstein lief beim Versuch, Wäsche zu verkaufen, in eine Falle der Gestapo. Er wurde verhaftet, deportiert und – wie man später erfuhr – in Auschwitz ermordet. Seine Frau und seine Tochter sowie alle ihre Helfer aber blieben unentdeckt, nicht zuletzt, da Ernst Goldstein im Verhör eisern schwieg. Mit Hilfe von Elisabeth Abegg, Elisabeth Schmitz und Hilde Kniess entkamen Frau und Tochter nach Ostpreußen, wo sie das Kriegsende erlebten.

Nach und nach wurde also der Kreis der Helfer erweitert. Immer mehr Hilfesuchende hörten von der rettenden Adresse Abeggs. Weitere Helfer konnten ihrerseits neue UnterstützerInnen gewinnen. Und so entstand ein Netzwerk, das von Berlin in die Mark Brandenburg, nach Ostpreußen und ins Elsass reichte. Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung waren beteiligt: Akademiker, Pfarrer, kleine Einzelhändler und Arbeiter; Mitglieder der Bekennenden Kirche ebenso wie Katholiken, Sozialdemokraten und Menschen ohne solche Prägungen. Wer zum Beispiel einem Verfolgten aus persönlicher Freundschaft half, entschloss sich nicht selten auch zur weiteren Unterstützung anderer.

Längst kannte nicht mehr jeder der Helfenden die anderen. Etwa 80 Menschen konnten auf diesen Wegen gerettet werden. Es wurden Verstecke vermittelt, Lebensmittel beschafft, falsche Papiere besorgt und in einem besonders glücklichen Fall konnte ein jüdischer Mann sogar über die Schweizer Grenze entkommen.

Elisabeth Abegg, die durch ihre Warmherzigkeit den Verängstigten immer wieder neuen Mut zusprechen konnte, die mit

nicht versiegendem Elan vorging und mit List zuweilen auch Behördenvertreter für die Verfolgten einspannen konnte, war gleichzeitig so etwas wie der Motor und der ruhende Pol inmitten dieses gefährvollen Unterfangens.

Retterinnen außerhalb sog. „gebildeter“ Kreise

Die Freunde um Elisabeth Abegg waren eine Gruppe von Menschen, die sehr früh und energisch gegen das Regime auftraten, sich der Verfolgten von Beginn der NS-Zeit an annahmten und die riskante Hilfe in der Illegalität aus einem bewussten Entschluss, zum Teil nach vorheriger Planung angingen. Sie konnten vielen Menschen beistehen. Großenteils solchen, die sie niemals zuvor gesehen, geschweige denn näher gekannt hatten.

Dieses sehr bewusste, planerische, auch mit politischem Widerstand verbundene Handeln ist eine Facette des Rettungswiderstands, repräsentiert aber gewiss nicht das ganze Spektrum der Helferinnen. Viele handelten wesentlich isolierter und verfügten auch gar nicht über so viele mobilisierbare Kontakte wie z.B. Elisabeth Abegg. Auch waren es mitnichten hauptsächlich Frauen aus den sogenannten „gebildeten Kreisen“, die den Verfolgten beistanden.

Anna G.: Aus spontaner Hilfe für eine Familie wird Hilfe für viele

So möchte ich quasi als Gegenbeispiel auch die Schneiderin Anna G. vorstellen.

1899 in Schlesien geboren, war sie aufgrund langer Krankheit nur 5 Jahre zur Schule gegangen, bevor sie im Alter von 14 eine Schneiderlehre begann. Zeitlebens brauchte Anna G. Hilfe von anderen, wenn sie Schreibebeiten zu erledigen hatte. Im Ersten Weltkrieg ging sie nach Berlin, wo sie in verschiedenen Betrieben arbeitete. 1923 wurde sie in der kleinen Schneiderwerkstatt von Hermann Kranz angestellt. Mit ihrem Chef und seiner jungen Frau verstand sie sich gut. Sie freun-

deten sich an. Anna G. war die einzige Angestellte und auch die Freizeit wurde miteinander verbracht. Der Schneidermeister und seine Frau waren Juden – ein Umstand, der Anna G. nicht weiter wichtig war, bis das Ehepaar Kranz durch die Naziverfolgung in Bedrängnis geriet.

1938 – das jüdische Ehepaar hatte gerade einen Sohn bekommen – wurde Schneidermeister Kranz behördlich gezwungen, seinen Betrieb aufzugeben. Hier nun sprang Anna G. helfend ein. Sie übernahm die Werkstatt, ließ Kranzens „unter der Hand“ weiterarbeiten und teilte die Erträge wie vorher auch. Dies ging solange gut, bis Hermann Kranz zur Zwangsarbeit aufgerufen wurde.

Eines Tages – die Deportationen der Juden waren in vollem Gange – traf Anna G. das Ehepaar Kranz völlig verängstigt an: Sie selbst beschrieb die Ereignisse in einem Interview später so:

„Na, denn ist er einen Tag gekommen, und da hatten die Angst gehabt, in die Wohnung zu gehen, dass sie die auch abholen. Und da habe ich gesagt: ‚Ja, Kinder‘, sagte ich, ‚kommt doch zu mir.‘ Platz hatte ich ja, die Schlafgelegenheit musste man sich so ein bisschen einrichten, da hatte ich zwei Couchs gehabt und dann habe ich den Fußboden so ein bisschen zurechtgemacht – was man so konnte, nicht wahr? Den Jungen habe ich bei mir im Bett schlafen lassen. Ich hatte die Werkstatt, und ich hatte drei Zimmer. (...) Ich will mal sagen, bisschen Bange hat man ja gehabt, aber ich habe mir gesagt, mehr wie mitnehmen können die mich ja nicht. Man wusste ja, das von den Lagern und so was alles, das hatte man ja schon vorher gewusst, nicht wahr? Das wusste man schon.“

Lange konnte Anna G. die dreiköpfige Familie nicht in der Werkstatt beherbergen. Sie suchte nach einem Ausweg. Im Norden Berlins lebte ein befreundetes Ehepaar. Ihnen konnte Anna G. die Not der Kranzes nahebringen und sie überre-

den, die Familie aufzunehmen. Doch die Frau stellte Bedingungen: sie wollte sich ihr Entgegenkommen in Zigaretten bezahlen lassen. Anna G., ohnehin wegen der Ernährung der Kranzens schon in Schwarzmarktgeschäften unterwegs, tauschte nun noch emsiger Stoffe und selbstgenähte Kleidung gegen Nahrung und Tabak. Doch die Mengen reichten nicht aus. Die neue Beherbergerin zeigte sich nervös und steigerte das geforderte Quantum. Anna G. sah Gefahr heraufziehen.

Sie entschloss sich, die Verbindung abubrechen und die Familie Kranz wieder zu sich in die Werkstatt zu holen. Dies war umso gefährlicher, als die Nachbarn Kranzens noch aus früheren Zeiten kannten. Die Familie war daher in den Werksräumen quasi gefangen. Nur Frau Kranz traute sich ab und zu, abends das Haus zu verlassen.

Soweit hatte Anna G. die Lage noch im Griff. Bis etwas geschah, was sie so weder vorausgesehen, noch beabsichtigt oder einkalkuliert hatte: Auch Verwandte von Frau Kranz lebten „untergetaucht“. Sie erfuhren von der schützenden Werkstatt und baten ihrerseits um Hilfe. Anna G.s Adresse begann unter Verfolgten zu kursieren. Abweisen mochte sie die Fremden trotz aller Schwierigkeiten nicht. Sie versuchte die Situation so gut es ging zu meistern:

„Es waren ja manchmal zehn, zwölf Juden da. Die waren meistens dann abends da. Also – auch viel am Tage, weil sie nicht wussten, wo sie sich aufhalten sollten. Ich hatte ja dann so eine Hosenwerkstatt gehabt, da habe ich ein paar Ballen zusammengelegt, und ich habe gesagt: ‚Leg dich hier ein bisschen auf die Ballen‘, wenn nun gerade Alarm war und die konnten nicht mehr weg. Da sind ein paar auf den Hängeboden und haben da geschlafen. Manchmal zwei Nächte oder drei, oder die sind gegangen und abends dann wiedergekommen. (...) Und da war noch ein Onkel von ihr, der war auch noch da,

und da habe ich dann auf der Zuschneideplatte so Stoffballen hingelegt, und da habe ich ein Schlaflager zurechtgemacht, und dann hat er da geschlafen.“

Der Onkel von Frau Kranz wurde schließlich anderswo auf der Straße verhaftet. Das Versteck bei Frau G. aber blieb unentdeckt. Nach ein paar Monaten fand die Familie Kranz ein gutes und sicheres Quartier bei der Familie eines früheren Kunden, die in einem Dorf in der Mark Brandenburg lebte. Hier konnten Kranzens bis zum Ende der Nazizeit bleiben und gerettet werden. Das Schicksal der anderen Versteckten, deren Namen Frau Anna G. meist gar nicht erfuhr, ist nicht näher bekannt.

Anna G. hatte Kranzens die Hilfe aus Freundschaft von sich aus angeboten, weil sie die Not der Familie offenkundig sah. daraufhin half sie ihnen spontan. Sie wollte dieser Familie helfen. Die anderen aber unterstützte sie, weil sie darum gebeten wurde, es aus Mitleid nicht über sich brachte, sie abzuweisen und wahrscheinlich auch um Kranzens willen.

Eine recht große Zahl von Helfern und Helferinnen ist erst durch Bitten anderer dazu gekommen, Verfolgten aktiv beizustehen.

Auguste L.: „Mutterpflichten“ für ein unbekanntes Kind

In dieser Lage befand sich die 50jährige Auguste L., die in einer Berliner Großküche arbeitete. Ihr Chef war gleichzeitig ihr Wohnungsvermieter und ein Freund. Der Betrieb belieferte unter anderem Gefängnisse. Frau L. wusste, dass ihr Chef „in so Sachen mit Juden“ verwickelt war. Gemeinsam mit einem Berliner Gefängnispfarrer machte sich der Wirt auf die Suche nach Quartieren für Versteckte und zwangte Lebensmittel aus seinem Betrieb für sie ab.

Auguste L. deckte es, sprach zu niemandem darüber, war aber ihrerseits nicht

unbedingt darauf aus, mehr mit diesen Dingen zu tun zu haben. Lange aber konnte sie sich nicht abseits halten. In einem Interview von 1984 beschrieb sie es so:

„Und da hieß es denn [vom Chef]: ‚Also Frau L., sie müssen auch ein jüdisches Mädchen nehmen.‘ Oh Gott!, dachte ich. Na, erst wollte ich nicht, und dann war er furchtbar aufgebracht, und – wie das so ist, nicht wahr – ist jeder mal von einem anderen abhängig gewesen, nicht wahr, und, na also, kurz und gut, ich hab mich dann darauf eingelassen.“

Sie nahm dann ein 10jähriges Mädchen namens Rita, zu sich und betreute es durchgehend zwei Jahre lang. Die Mutter des Kindes lebte in einem anderen Versteck. Frau L. gab das Mädchen vor anderen unter jeweils passenden Legenden aus: als Waisenkind aus Pommern wurde es den einen vorgestellt, als Flüchtling aus den italienischen Kriegswirren den anderen. Auch ihrer erwachsenen Tochter vertraute Auguste L. die Wahrheit nicht an. Für sich selbst aber fand sie einen sehr tiefwirkenden Weg, um sich mit der Situation zu arrangieren und handeln zu können: Weil sie – früh verwitwet – wegen durchgängiger Berufstätigkeit und langen Arbeitszeiten ihre eigene Tochter in der Obhut anderer Leute hatte aufwachsen lassen müssen, wollte sie nun an dem jüdischen Mädchen ihre versäumten Mutterpflichten und Mutterfreuden wiedergutmachen.

Und so kam sie 1984 aus der Rückschau zu einem überraschenden Resumé dieser gefährlichen Hilfe:

„So ist das durch diesen Einfall von der Kleinen gewesen, dass sie ‚Mutter‘ zu mir sagte. Ich fühlte mich dadurch so geborgen, also so sicher, dass mir gar nichts mehr passieren konnte. Die erste Zeit, also wie ich das hörte, dass ich das machen sollte, da habe ich Bange gehabt. Ach, um Gottes Willen, denke ich, na nun ist es so, komm denn nun, was will. Also

ich wollte meinen Chef nun auch nicht sitzen lassen. Und – aber nachher hab ich gar nicht mehr so gedacht, dann habe ich – das war so sicher, und das ging alles so glatt.“

Zusammenfassung der drei Beispiele

Im Falle Abeggs, Kniess' und der anderen in deren engerem Kreis sahen wir Hilfe aufgrund langjähriger Opposition gegen das Regime. Es wurde bewusst auf die Hilfe für viele Verfolgte hingearbeitet und ein großes Netzwerk aufgebaut, das eine gewisse Planung und Strategie voraussetzte. Im Falle Anna G.s erfolgte die Hilfe zunächst für eine befreundete Familie. Frau G. selbst bot das Versteck an, aber spontan in einer konkreten Notlage. Auguste L. hingegen handelte nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil sie von jemandem, von dem sie selbst abhing, um die Hilfe für das ihr völlig fremde Kind gebeten wurde.

Damit ist ungefähr das Spektrum der Situationen umrissen, aus denen heraus Hilfe für Verfolgte geleistet wurde. Aber es gab noch eine vierte – zahlenmäßig nicht unerhebliche – Gruppe derer, die illegale Quartiere gegen größere Summen Geldes anboten, oft, weil sie ohnehin mit etwas „krummen“ Geschäften ihren Lebensunterhalt aufbesserten. Unter unserer heutigen Fragestellung sind diese Quartiergeber nicht relevant. Für das Überleben auf der Flucht aber waren auch diese Leute oftmals wichtige Anlaufstellen.

Doch zurück zu den anderen. Die Frauen, die diese Rettungsversuche unternahmen, handelten in höchstem Maße initiativ, aufgrund eigener Maßstäbe und Lageeinschätzungen. Selbst wenn sie sich – wie Auguste L. – nicht selbst zu Hilfe entschlossen hatten, fanden sie sich doch alsbald in einer Situation wieder, in der sie weitestgehend auf sich selbst gestellt und ohne Rückhalt an anderer Stelle die volle Verantwortung für die Entwicklung des Geschehens tragen mussten. Jede einzel-

ne war sozusagen „Leiterin“ der jeweiligen „Aktion“.

Das unterscheidet die Rolle der Frauen in diesem Hilfs-, Solidar- oder Rettungswiderstand grundsätzlich von der Rolle, die Frauen zumeist in politischen, mit systemüberwindender Absicht vorgehenden Widerstandsgruppen einnahmen. Nicht nur, dass ihr Anteil der Mitwirkung dort auf nur 10 bis 15 % geschätzt wird, sie nahmen darin auch selten leitende Funktionen ein, sondern wirkten quasi „in der zweiten Reihe“ durch unterstützende Tätigkeiten nach den Vorgaben männlicher Planungsgruppen.³

Berlin als Stadt mit den meisten Geretteten

Alle drei angeführten Beispiele stammten aus Berlin. Dies hat sowohl historische als auch forschungstechnische Gründe.

Die Zahl der in Verstecken geretteten Juden in der Reichshauptstadt war mit weitem Abstand die höchste in Deutschland. Rund 1700 Berliner Juden gaben nach dem Krieg bei Erhebungen der Jüdischen Gemeinde an, im Untergrund überlebt zu haben. Das war etwa ein Viertel der 6000 bis 7000 Juden, die nach unseren Schätzungen versucht haben, in der Hauptstadt unterzutauchen. Der größte Teil ist – ich werde darauf noch zurückkommen – leider doch verhaftet und deportiert worden. Eine ungewiss große Zahl kam auch bei Bombenangriffen ums Leben. Für alle anderen Städte gehen die bisher bekannten Zahlen der in Verstecken geretteten nicht über 50 hinaus.

Die Jüdische Gemeinde Berlin war die größte in Deutschland gewesen und auch 1941, bei Beginn der Massendeportationen, lebten noch mehr als 70.000 Menschen, die als „Juden“ verfolgt waren, in der Hauptstadt. Zum Vergleich: In ganz Bayern waren es zu diesem Zeitpunkt 4624.

Die Deportationen in Berlin dauerten sehr lange, die großen Transporte in die Vernichtungsstätten hielten bis Frühjahr 1943 an. Als z.B. die Deportationen aus München bereits weitgehend abgeschlossen waren, im Dezember 1942, lebten in Berlin noch 35.000 als Juden verfolgte Menschen. Nach unseren Erhebungen aber flohen mehr als 50 Prozent der im Untergrund Geretteten erst nach Jahresbeginn 1943, zu einem Zeitpunkt also, als sich Gerüchte und Kenntnisse über das wahre Ziel der Verschleppungen bereits stark verdichtet und unter der jüdischen wie nichtjüdischen deutschen Bevölkerung weit verbreitet hatten.

So ist nach dem heutigen Stand unserer Recherchen festzustellen, dass in allen anderen deutschen Städten mehrheitlich Menschen versteckt waren, die als jüdische Partner in sogenannten Mischehen lebten. Galten diese während der Phase der Massendeportationen noch als „zurückgestellt“, so gerieten sie 1944 jedoch zusehends in Gefahr. Einige von ihnen suchten und fanden nun Schutz bei nichtjüdischen Bekannten.

Das Wissen um die wahren Ziele der Deportationszüge, zumindest die Ahnung „dass das in den Tod führen kann“, spielt also auf beiden Seiten, der der Flüchtenden und der der potentiellen Retter eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Existenz einer gewissen „Untergrundstruktur“ von Flucht und Hilfe kann aber nur für Berlin festgestellt werden. Dies war auch dadurch begünstigt, dass Berlin immer als von den Nazis nicht majorisierbar galt. Noch 1937 war die Stadt von der SS-Leitung als eines von fünf „Unruhezentren“ im Reich eingestuft worden – mit einer traditionell starken Arbeiterbewegung und

einer gewissen renitenten Grundeinstellung großer Teile der Bevölkerung.⁴

Eines darf jedoch nicht aus dem Blickfeld geraten: In Berlin überlebten etwa 1700 Juden in Verstecken mit Hilfe nichtjüdischer Bürger. Es wurden aber zwischen 1941 und 1945 mehr als 50.000 Juden aus Berlin deportiert, konnten also nicht gerettet werden. Wir sprechen so oder so immer nur von einer winzigen Minderheit. Ich habe auch deshalb Berliner Beispiele genannt, weil ich hier aus einem Fundus verschiedener Interviewsammlungen mit früheren Rettern schöpfen konnte, die die Retter noch selbst zu Wort kommen ließen.

Einige Statistische Daten zu HelferInnen

Die Gesamtzahl der UnterstützerInnen verfolgter Juden wird sich nie wirklich bemessen lassen können. Wir schätzen, dass insgesamt in Deutschland mehrere zehntausend Menschen daran beteiligt waren, geflohene Juden zumindest vorübergehend mit Quartier und Lebensmitteln zu unterstützen, wenige konnten ihnen auch zu falschen Papieren verhelfen oder ihnen die Flucht über die Grenze ermöglichen.

Soweit wir bisher feststellen konnten, war die Mehrheit der HelferInnen zum Zeitpunkt der Hilfe zwischen 40 und 60 Jahre alt. Sie standen also „mitten im Leben“ und handelten nicht etwa aus jugendlichem Übermut. Sie hatten ihre Sozialisation noch im Kaiserreich erfahren und die Weimarer Republik bewusst erlebt. Das Gros der HelferInnen war damit etwas älter als die Mehrheit der versteckt Überlebenden.

Anhand statistisch messbarer Kriterien haben weder wir, noch alle bisherigen For-

³ Christel Wickert, Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 18 und 22.

⁴ Hans Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 54. Als die anderen „Unruhezentren“ galten Hamburg, Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen (Halle) und Düsseldorf.

schungsprojekte zu diesem Thema überzeugende Merkmale finden können, welche die HelferInnen signifikant gemeinsam hatten, oder die diese deutlich von der übrigen Bevölkerung unterschieden.

So tritt unter den HelferInnen keine bestimmte politische oder religiöse Überzeugung hervor, außer dass die Zahl der NSDAP-Mitglieder unter ihnen selbstverständlich sehr gering war. Viele hatten gar keine sonderlich ausgeprägten religiösen oder politischen Ansichten. Auch über große Besitztümer bzw. Einflussmöglichkeiten, die die Hilfe zweifelsohne erleichtert hätten, verfügten die HelferInnen mehrheitlich nicht. Sie kamen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Bildungsstufen.

Einzig beim Beruf ist ein bemerkenswerter Ausschlag zu erkennen: Deutlich weniger vertreten – von Arbeitern abgesehen – waren unter den Helfern Menschen in abhängiger Beschäftigung, also Angestellte und Beamte, während Selbständige und auch Berufslose auffällig häufig vertreten sind. Hierbei aber reicht das Spektrum wiederum von Kleinhändlern über Freiberuflern bis zu Fabrikanten. Selbständigkeit mag einerseits sozial wie geistig eine gewisse Unabhängigkeit mit sich gebracht haben, andererseits verfügten Selbständige aber oftmals tatsächlich über bessere Möglichkeiten, Verfolgte zu versorgen, wie zum Beispiel durch Tausch von Waren aus dem eigenen Betrieb gegen Lebensmittel oder die Unterbringung von Versteckten in ihren Werksräumen (wie bei Frau G. und Frau Engler).

Unter den mehr oder minder selbständigen sind nun auch ausdrücklich die Prostituierten zu nennen. Immer wieder werden ihre Wohnungen und Salons in den Berichten Verfolgter als rettende Orte genannt, und sie hätten es gewiss verdient, mit mehr als einem dünnen Satz gewürdigt zu werden, wäre über all diese „Marys“, Bettis“ und „Coras“ mehr bekannt als ihre Pseudonyme und die Erwähnung ihrer Hilfe. Sie gingen ihrer Arbeit ohnehin am

Rande der Legalität nach, immer gefährdet, als „Asoziale“ verhaftet und in ein KZ eingeliefert zu werden.

Dies verweist auf die wichtige Rolle, die Frauen, die außerhalb der „Volksgemeinschaft“ standen, unter den Retterinnen einnahmen. Und hier nun ist eine Gruppe von Frauen zu nennen, die sich auffällig häufig unter den Retterinnen – und ich betone: unter den RetterINNEN – finden lässt: Es sind solche Frauen, die einen männlichen Verwandten hatten, der im KZ oder Gefängnis saß oder dort bereits umgekommen war. Frauen also, die familiär mit dem politischen Widerstand verbunden waren und durch die Verhaftung ihrer Ehemänner, Söhne, Brüder oder Väter selbst zu den Opfern der Nazis gehörten und den verbrecherischen Charakter des Regimes aus eigenem Leiden klar erkannt und erfahren hatten. Es sind jene Frauen, die aus der bereits erwähnten zweiten oder dritten Reihe der Widerstandsgruppen heraus seit den dreißiger Jahren mit der aktiven Opposition verbunden waren. Zu diesen Frauen zählen ebenso die Partnerinnen aus sogenannten Mischehen, deren jüdische Ehemänner etwa während der Pogromnacht in ein KZ eingeliefert worden, dort ermordet oder umgekommen oder an den Folgen der Haft gestorben waren.

So wenig sich also die Helferinnen und Helfer von der übrigen Bevölkerung abheben, so lässt sich diese Gruppe tatsächlich als eine besondere benennen.

Trotz alledem: Eine befriedigende Erklärung, warum Helfende zu Helfenden wurden, ist bislang nicht gefunden worden. Sicherlich – aber das ist banal – wuchs mit der Größe des Abstandes vom Regime die Aufmerksamkeit gegenüber den Opfern und die Bereitschaft, sich ihrer anzunehmen. Doch die sehr komplexen Entwicklungen, die tatsächlich zu aktiver Hilfe führten, werden sich auch zukünftig nicht auf griffige Formeln bringen lassen.

Folgen für entdeckte HelferInnen

Doch es gab ja nicht nur die gegläuckte Hilfe. Die meisten Versuche, sich durch Flucht den Deportationen zu entziehen, schlugen fehl. Die in Verstecken entdeckten Juden wurden wie alle anderen in die Vernichtungslager deportiert. Was aber drohte denen, deren Hilfe entdeckt wurde? Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten, denn ein Gesetz oder eine Verordnung, die das Beherbergen geflohener Juden grundsätzlich untersagte und mit Strafe belegte, existierte in Deutschland nicht (anders dagegen in den von Deutschland besetzten Gebieten!). Das bedeutet nun nicht, dass die Hilfe ungefährlich war. Je nach Sachlage aber wurde sie unterschiedlich geahndet: Waren Handlungen im Spiel gewesen, die das Strafgesetzbuch unter Strafe stellte, wie z.B. Urkundenfälschung, so wurden diese auf dem Justizweg angeklagt und abgeurteilt, wobei der Umstand, dass die „Tat“ zugunsten geflohener Juden erfolgte, strafverschärfend gewertet wurde.

Waren solche „Delikte“ aber nicht berührt, blieb noch die Ahndung auf rein polizeilichem Wege. So hatte das Reichssicherheitshauptamt, also die Zentrale von Gestapo und Kriminalpolizei, zeitgleich mit Deportationsbeginn am 24. Oktober 1941 einen Erlass herausgegeben, nach dem solche Personen, die – wie es formuliert wurde – „nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten“ durch die Gestapo in Konzentrationslager eingewiesen werden sollten. Dies bedeutete ein völlig ungewisses Schicksal und so sind uns auch Namen von HelferInnen bekannt, die in Konzentrationslagern zu Tode gekommen sind.

Andere aber konnten auch Glück haben. Wir kennen Fälle von entdeckter Hilfe, die nicht bis zur Gestapo gemeldet worden waren, sondern auf dem zuständigen Polizeirevier gleichsam „hängen blieben“. So konnte es vorkommen, dass HelferInnen lediglich mit einer Ordnungsstrafe z.B. wegen Verstoßes gegen die Meldevor-

schriften oder ähnlich milden Sanktionen davonkamen. Manchen entdeckten RetterInnen geschah auch gar nichts – außer einem Verhör und einer Verwarnung. So gelang es einigen, glaubhaft zu versichern, sie hätten gar nicht gewusst, dass die Beherbergten Juden waren, und sie wurden wieder entlassen. (Auguste L. wäre dies eventuell gelungen, Anna G. sicherlich nicht.)

Andere – und hierbei waren Frauen deutlich bevorteilt – konnten Milde erwirken, indem sie hervorhoben, sich aus Mitleid zu Dingen haben hinreißen lassen, die sie selbst gar nicht durchschauten. Gerade verheiratete Frauen mit kleinen Kindern oder Söhnen an der Front wurden bisweilen nach einer staatspolitischen Belehrung als solche „noch immer zu weiche, zu naive Mitleidstäterinnen“ wieder entlassen.

All dies war vollständig von der Gunst und Willkür der erstermittelnden Beamten abhängig. Und insgesamt ist hier noch viel Forschung nötig, um ein klareres Bild zu erhalten.

Die RetterInnen selbst aber handelten zu meist in der Gewissheit, bei Entdeckung drohe ihnen mit Sicherheit die Todesstrafe. Dieses darf – trotz aller Uneinheitlichkeit der tatsächlichen Folgen – für die Beurteilung der Größe ihres Handelns nicht übersehen werden.

Zu Voraussetzungen von Frauen als HelferInnen verfolgter Juden

Dies führt zurück zu den Frauen: Mitleid, Anteilnahme, Versorgen, „Sich kümmern“, das waren und sind klassische Tugenden der traditionellen weiblichen Sozialisation. Frauen hatten weit weniger als Männer eine Schulung, einen Drill, zur „notwendigen Härte“ hinter sich, wie sie Männer gerade dieser Generation beim Militär bzw. im Ersten Weltkrieg erfahren hatten. Dies mag für den höheren Anteil von Frauen unter den Versteckenden sicher eine Rolle gespielt haben, ebenso wie die Tatsache, dass in Kriegszeiten selbstverständlich wesentlich mehr Frauen als

Männer „an der Heimatfront“ zugegen waren.

Dieses alles aber verband die Helferinnen mit dem Gros aller Frauen in Deutschland, also auch mit denen, die nicht halfen oder sogar zu Täterinnen wurden. (Es sei hier nur an die Denunziantinnen erinnert.)

Ein „Besser-Sein“ von Frauen lässt sich aus den Handlungen der Retterinnen gewiss nicht ableiten. Auch unter Frauen waren sie eine verschwindende Minderheit. Und auch nicht alle Retterinnen waren genuin „gut“ und fürsorglich. Überliefert sind Berichte über massive Ausnutzung, Bedrohung und sogar Gewalt, die die Versteckten durch manche ihrer Helferinnen erfahren haben.

Um sich diesem angeblichen Frauenwiderstand anzunähern, ist generell zu unterscheiden zwischen:

- dem Entschluss zur Hilfeleistung für Verfolgte einerseits und
- dem Gelingen dieser Hilfe andererseits.

Der Entschluss dazu mag bei Männern und bei Frauen eventuell sogar gleichermaßen häufig oder selten gefasst worden sein. Dies lässt sich schwerlich genau belegen.

Solange wir von Unterbringung und Versorgung Geflohener sprechen, zeichnen sich in der Durchführung auch keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männerhandeln und Frauenhandeln ab. Einzig traten Männer häufiger im Zusammenhang mit Urkundenfälschung und der Ausstellung falscher Bescheinigungen aller Art hervor, vermutlich da sie hierfür spezifische berufliche Qualifikationen und Beziehungen einsetzen konnten. (Es hat auch in den bewaffneten Einheiten der Wehrmacht und der Polizei einige mutige Männer gegeben, die Verfolgte von den Stätten der Massenmorde, aus Ghettos und Lagern retteten konnten)

Betrachten wir aber andererseits die Chancen, die Rettungsversuche auch zu einem glücklichen Ende zu führen, so lagen diese bei Frauen deutlich höher. Und

das gilt sowohl für die Helferinnen, wie auch für die Geflohenen.

Dies hatte verschiedene Gründe: Zum einen war da die Auffälligkeit ihres Tuns: Die Minderheit der Versteckten in Deutschland lebte wirklich verborgen in einem Verschlag, Keller oder ähnlichem. Meist hingegen galt es – zumindest für die in Deutschland versteckten –, „an der Oberfläche unterzutauchen“, sich also in der Öffentlichkeit zu bewegen und eine falsche Identität anzunehmen: Im günstigsten Fall mit falschen Papieren, in weniger günstigen durch eine zurechtgelegte Legende.

Geflohene Männer, die sich so vor aller Augen bewegten, liefen nun – sofern sie nicht sehr alt waren – ständig Gefahr, in Wehrmachtsskontrollen zu geraten und als vermeintliche Deserteure verhaftet zu werden. Ihre jüdische Identität konnte auch wegen der Beschneidung wesentlich eher enttarnt werden als die der Frauen. Und so war es zunächst grundsätzlich riskanter, Männer unterzubringen bzw. weniger aussichtsreich, als Mann zu entkommen. Aus diesem Grund sind auch knapp zwei Drittel aller tatsächlich Geretteten Frauen oder Mädchen.

Bei der Betrachtung der Konstellationen, unter denen in den eigenen Räumen Verfolgte untergebracht werden konnten, ohne sowieso schon die Neugier von Nachbarn und anderen Außenstehenden zu erregen, ergibt sich folgendes Bild:

Frauen konnten Kinder, Jugendliche und andere Frauen leichter aufnehmen, ohne schon prinzipiell beargwöhnt zu werden. Als ausgebombte Nichten, Tanten, Kolleginnen und ähnliches ausgegeben, erregten sie erst einmal kein sonderliches Interesse – im Gegenteil: die fürsorgliche Anteilnahme an diesen „geschädigten Volksgenossinnen“ wurde eher als Zeichen sozialer Anteilnahme geachtet. Schwierig hingegen wurde es, wenn Frauen Männer beherbergten, da dies natürlich zu Munkelleien in der Umgebung führen konnte.

Für alleinstehende Männer wiederum wäre es nahezu unmöglich gewesen, Kinder oder Halbwüchsige auf diese „offene“ Art und Weise aufzunehmen, ohne über kurz oder lang ins Gerede zu kommen. Ebenso war – wie schon erwähnt – ein Zusammensein mit fremden Frauen eine ständige Quelle für Spekulationen der Außenstehenden. Zumindest dann, wenn die Frau nicht wesentlich älter war als der Mann und nicht beispielsweise als alte Tante oder Haushälterin ausgegeben werden konnte.

Wenn männliche Helfer – und diese waren sowieso in der Mehrheit ältere Herren, da die jungen an der Front waren – aber Männer aufnahmen, so hatten sie es genau mit jenen zu tun, deren Risiko, enttarnt zu werden, das höchste war. Hinzu kam – und dies wahrscheinlich umso eher, je jünger die Beherrschten waren – die latent über diesen Mann-bei-Mann-Verstecken schwebende Gefahr, durch den §175 in Bedrängnis zu geraten.

Frauen hatten also deutlich höhere Chancen, etwas „stabilere“, neugierigen Blicken eher entzogene Wohnverhältnisse mit geflohenen Kindern und Frauen aufzubauen. Für Männer hingegen war jede Unterbringung „an der Oberfläche“ eine, die schon aus ganz anderen Gründen Aufmerksamkeit und misstrauisches Beäugen hervorrufen konnte. Sicherer als alleinstehende Männer konnten nur Ehemänner handeln, denen die speziellen Gefahren alltäglichen Argwohns aber nur wegen der Anwesenheit ihrer Ehefrauen nicht im selben Maße drohten.

Ein weiterer Grund, weshalb Frauen höhere Chancen hatten, die Rettung gelingen zu lassen, lag zweifelsohne auch darin, dass sie vom Klischee der Harmlosigkeit und Unbedarftheit weiblichen Handelns profitierten. Sie wurden weniger ernstgenommen. Ihnen wurde weniger als Männern zugetraut, die Fäden konspirativen Handelns zu ziehen. Während seltsame

Vorgänge bei Männern schnell in den Ruch des Verbotenen, möglicherweise Staatsfeindlichen kommen konnten, wurden sonderbare Handlungen von Frauen leichter als „schrullige Begebenheiten“ abgetan. Diesen Freiraum verstanden die Helferinnen geschickt zu nutzen. Und so konnten sie bestehende Geschlechterklischees – wie sich zeigte – manchmal auch dann noch einsetzen, wenn es nur noch galt, sich selbst vor den Folgen einer Entdeckung zu schützen.

Fazit

War die Hilfe für Verfolgte nun also eine spezifisch weibliche Widerstandsform? Ich möchte dies mit einem eingeschränkten „Ja“ beantworten.

Frauen waren zwar nicht notwendig eher als Männer in derselben Lage bereit oder von sich aus eher befähigt, Verfolgten beizustehen, aber sie waren

- Zum einen zahlreicher vertreten, da die Männer an der Front waren;
- zum zweiten hatten sie aufgrund äußerer Zuschreibungen höhere Chancen, die Hilfe unbemerkt gelingen zu lassen;
- und sie gehörten drittens, sofern sie ohnehin in Opposition zum Regime standen, eher zu jenen, für die die Hilfe für Verfolgte die einzige oder letzte Möglichkeit war, ihre Oppositionsbereitschaft in die Tat umzusetzen.

Ein nicht unerheblicher Teil der wenigen Geretteten hat gerade in diesem weiblichen „Hinterland“ der politischen und religiösen Widerstandsbewegung Schutz gefunden.

Und so möchte ich abschließend eine etwas zweifelhafte Einschätzung anfügen: In der Absicht zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß Frauen auch innerhalb der Widerstandsgruppen lediglich die Brotsamen vom Tisch der kämpfenden Männer auf sammeln durften, schrieb die Historikerin Antonia Leugers:

„Frauen waren durch ihren Berufs- und Privatbereich mit der Not anderer Men-

schen oft so hautnah konfrontiert, daß sie aktive Hilfe leisteten [...] und indem sie verfolgte Personen versteckten. [...] An der Herrschaftsstruktur des NS-Regimes veränderte das nichts und verhinderte auch nicht die neue Entrechtung und Verfolgung weiterer Menschen. [...] Individuelle Hilfeleistungen schützten nur selten die Opfer vor weiterer Verfolgung und Ermordung. So betrachtet waren die Widerstandshandlungen von Frauen wenig effizient.“⁵

Das kann allerdings in mehrerer Hinsicht als frech bezeichnet werden, und die so „ineffizient“ Geretteten werden diese Ansicht ohnehin nicht teilen. Aber vom Ende her betrachtet, also von der Frage, ob die mit höchstem persönlichem Risiko angestrebten Ziele einer Widerstandshandlung auch erreicht worden sind, so kann gesagt werden, dass sich die – mehrheitlich von Frauen getragene – Hilfe für Verfolgte sogar als die erfolgreichste Widerstandshandlung erwiesen hat.

Aktionen/Resolutionen/Netzwerke

Lobby für Menschenrechte: "Justitia jenseits von Gut und Böse"

Metzingen, 26. März 2007 - Zum Fall der Karlsruher Familienrichterin, die sich auf das angeblich akzeptierte Züchtigungsrecht im Koran bezog und so einer Frau die Scheidung wegen der Gewalt durch ihren Ehemann verweigerte, erklärt die Lobby für Menschenrechte:

Wer in einem deutschen Gerichtssaal den Koran (oder auch die Bibel) zur Grundlage

⁵ Antonia Leugers, „Widerstand oder pastorale Fürsorge katholischer Frauen im Dritten Reich? Das Beispiel Dr. Margarete Sommer (1893-1965)“, in: Irmtraut Götz von Olenhusen u.a., Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, Berlin, Köln, 1995, S. 161-188. hier S. 164.

einer Entscheidung macht, "vergisst", dass in diesem Land die Trennung von Staat und Kirche festgeschrieben ist. Das skandalöse Urteil der Richterin, die auf geradezu geheimnisvolle Weise auch nicht das Grundgesetz oder das deutsche Recht zu kennen scheint, ist daher obendrein peinlich.

Artikel 1 bis 3 des Grundgesetzes - eine Unbekannte!

Doch man täusche sich nicht: Es ist nicht das erste und mit Sicherheit nicht das letzte Urteil dieser Art. Insbesondere, wenn es um Gewalt gegen Frauen und Mädchen geht, ist Justitia oftmals nicht nur blind, sondern deutlich "jenseits von Gut und Böse" (GG Art. 3, Gleichheit vor dem Gesetz).

So gab es in der Vergangenheit Urteile in Sachen § 177 StGB, wo nachgewiesene, brutale Vergewaltigungen mit dem Freispruch der Täter endeten. Die richterliche Begründung: Der Mann käme aus einem anderen Kulturkreis, deshalb sei es nach seiner subjektiven Wahrnehmung keine Vergewaltigung gewesen.

Diese Begründung stelle man sich einmal bei einem Bankraub oder bei Delikten der Steuerhinterziehung vor.

Würde man derartige Urteilsbegründungen sammeln und zu einem Roman verarbeiten, bekäme dieser vermutlich im Genre von Horror und Grusel seinen Platz; oder der Verlag würde das Manuskript ablehnen und dem/der Autor/in einen Besuch bei einer Psychologin oder einem Psychiater anempfehlen. U.a. wegen Realitätsverlust.

Artikel 1 bis 3 des Grundgesetzes - eine Unbekannte!

Ähnlich verhält es sich mit der bestialischen Genitalverstümmelung an Mädchen, wo durch eine geradezu gnadenlose Untätigkeit der Verantwortlichen ebenfalls das Grundgesetz zum bloßen Papiertiger verkommt (GG Art. 2 (2), Recht auf körperliche Unversehrtheit).

Solche Urteile zeigen, dass die besten Verfassungen und Gesetze nicht nutzen, wenn unter Berufung auf die "richterliche Unabhängigkeit" bloße Willkür und/oder subjektiv motivierte Machtausübung erlaubt ist.

Je nach Gusto darf sich ein/e Richter/in mal auf den Koran, auf den Kulturkreis oder auf seine ganz persönlichen Ansich-

ten berufen und "im Namen des Volkes Recht sprechen". Das ist blanker Hohn. Dieser eine Fall kam nun ans Tageslicht. Die Betonung liegt auf "dieser eine" Was täglich in deutschen Gerichtssälen gegen Frauen via Urteilsspruch verbrochen wird, ist eine ebenso große Unbekannte wie das Grundgesetz für manche Richter/innen. Vor diesem Hintergrund ist die ganze Aufregung um diesen einen Fall zwar richtig und wichtig, aber das reicht nicht aus. Die Lobby für Menschenrechte fordert: Das Konzept der richterlichen Unabhängigkeit endlich ernst zu nehmen. Unabhängig kann nur jemand sein, der genügend Wissen hat, sich stetig weiterbildet und sich selbst bester psychischer Gesundheit erfreut. Letzteres ist ebenfalls eine wichtige und lebenslange Aufgabe für Menschen, die beruflich mit Menschen zu tun haben.

Projektstart: Kinder und Jugendliche gegen häusliche Gewalt in Österreich

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser am EU-Präventionsprojekt beteiligt

5. JULI 2007: Tübingen/Wien/Budapest. Häusliche Gewalt bezeichnet Gewalt in Ehe- und Partnerbeziehungen und ist zu über 90 % Gewalt von Männern gegen Frauen. In Familien sind Kinder von häuslicher Gewalt immer mitbetroffen. Das Miterleben der Misshandlung der Mutter setzt Kinder einem enormen Stress aus und kann traumatisierend wirken. Außerdem geht Gewalt gegen die Mutter sehr häufig mit Kindesmisshandlung einher. Das DAPHNE-Projekt „Kinder und Jugendliche gegen häusliche Gewalt“ will in Kooperation mit Schulen und Jugendorganisationen zur Enttabuisierung des Themas beitragen. Kinder und Jugendliche sollen gestärkt werden, damit sie sich selbst als (potentielle) Opfer häuslicher Gewalt Hilfe suchen können. Das Projekt spricht Kinder und Jugendliche aber auch in ihrer Rolle als gleichaltrige Vertrauenspersonen für Betroffene an und wertet ihre Ideen und Vorschläge für unterstützende Maßnahmen, in die sie auch selbst eingebunden sind aus. Im Projekt kooperiert der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser

mit Partnerorganisationen aus Deutschland und Ungarn. Die Projektlaufzeit beträgt 2 Jahre.

„Kinder wenden sich mit diesen zutiefst verunsichernden und traumatisierenden Erlebnissen selten von sich aus nach Außen. Wenn sie es tun, dann sind Geschwister oder gleichaltrige FreundInnen häufig ihre ersten AnsprechpartnerInnen“, betont Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser. „Mit dem Projekt wollen wir Kinder und Jugendliche stärken, indem wir sie für das Thema sensibilisieren, sie über bestehende Hilfsangebote informieren und an der Entwicklung von Unterstützungsangeboten für Betroffene beteiligen.“

Innovativ am DAPHNE-Projekt ist, dass im Zusammenhang von häuslicher Gewalt, Kinder nicht nur als Opfer und Zeuginnen, sondern auch als Vertrauenspersonen für Gleichaltrige in den Blick genommen werden. Bislang gibt es in Europa im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt noch keine Erhebung über die Rolle und die Unterstützungspotentiale von sog. „peers“.

Das Projekt, initiiert und koordiniert vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg, wird an drei Standorten in Europa umgesetzt. Die Partnerorganisationen „Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser“ in Wien „TIMA e.V.“ und „Pfunzkerle e.V.“ in Tübingen und „NANE“ in Budapest und Umgebung werden Präventionsworkshops mit Schulklassen und Jugendgruppen (Altersgruppe 12-16) gegen häusliche Gewalt durchführen. Für LehrerInnen und MitarbeiterInnen von NGOs in Deutschland, Österreich und Ungarn werden Arbeitsmaterialien zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zum Thema häusliche Gewalt entwickelt. In allen drei Ländern werden außerdem Fachtagungen zum Thema „Kinder und häusliche Gewalt“ für die Fachöffentlichkeit angeboten werden. Diese Fachtage sollen auch politische EntscheidungsträgerInnen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ansprechen.

Medica mondiale fordert 50 Prozent afghanische Polizistinnen

Anlässlich der Sitzung des Bundeskabinetts in Berlin am 6. Juni forderte die Frauenrechtsorganisation medica mondiale die deutsche Regierung auf, endlich verstärkt Frauen als Polizistinnen auszubilden und Trainings zu „Gewalt gegen Frauen“ als zentralen Bestandteil in die Polizeiausbildung aufzunehmen. Bei dem Regierungstreffen wird zentral über die deutsche Beteiligung an der EU-Polizeimission EUPOL in Afghanistan beraten.

„Es gibt heute zwischen 160-180 Polizistinnen in Afghanistan. Die Bundesregierung hat ein Wohnheim für Polizistinnen in Kabul gebaut, um ihre sichere Unterbringung zu gewährleisten und mehr Frauen für die Mitarbeit bei der Polizei zu gewinnen- aber all das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und hat die tagtägliche Gewalt gegen Frauen nicht im geringsten verringert“ , so Dr. Monika Hauser.

Es gibt bisher keine klare Strategie bei der deutschen Regierung, welche die Leitung des Polizeiaufbaus in Afghanistan übernommen hat, wie Frauen unter Berücksichtigung aller damit verbundenen Schwierigkeiten vermehrt bei der Polizei beschäftigt werden können. „Auf lange Sicht macht es Sinn, Frauen gezielt mit beruflichen und finanziellen Anreizen in die Polizei hineinzuholen- und somit am Aufbau des rechtsstaatlichen System zu beteiligen und zu zeigen, dass sie ihre Aufgaben mindestens genauso gut erledigen wie die Männer, und für Frauen und Mädchen die einzigen Ansprechpartnerinnen sind“.

Die Realität sieht alles andere als rosig aus: Immer noch gibt es keine Polizistinnen, die sich alleine in der Öffentlichkeit bewegen können, ohne Angriffe fürchten zu müssen. Familien verkaufen ihre Töchter an Polizeichefs, die diese sexuell ausbeuten und versklaven. Später werden diese Frauen häufig als Mitarbeiterinnen in die Polizeistation aufgenommen. Darunter leidet das Ansehen der wenigen weiblichen Polizistinnen stark. Nur einige Familien sind bereit, ihre Töchter als Polizeibeamtinnen ausbilden zu lassen, da das Image der Polizei von Gewalt, Korruption und Vergewaltigung geprägt ist.

„Es ist ganz klar, dass viel mehr Polizistinnen rekrutiert und ausgebildet werden müssen- und wichtig ist gleichzeitig auch die Sensibilisierung ihrer männlichen Kollegen, was den Schutz vor Gewalt gegen Frauen angeht“, so Hauser weiter. Mehr Polizistinnen würden das schlechte Image der Polizei erheblich verbessern. „Warum wird hier nicht auf das Know-How von Frauenorganisationen zurückgegriffen?“

Frauen, die schwere Gewalttaten erleiden mussten, haben in der Regel keine Ansprechpartnerinnen bei der Polizei. Viele Gewalttaten bleiben daher verborgen und somit unbestraft. „Wenn Frauen heute zur Polizeistation gehen, um Schutz vor prügeln Familienmitgliedern zu suchen, dann werden sie mit höchster Wahrscheinlichkeit auch dort gedemütigt, geschlagen und in die Familie zurückgeschickt - anstatt sofort Hilfe zu bekommen“, so Hauser Und darüber hinaus: es gibt keine Polizistinnen, die 24 Stunden für Frauen erreichbar sind. Das ist ein großes Manko für die Frauen, denn so haben sie Angst, die Polizei aufzusuchen. Dass damit die Täter unbestraft bleiben, hat eine verheerende Signalwirkung auf die gesamte Bevölkerung – es darf ungestraft weiter geschlagen werden. Schuld hat dann die Betroffene selbst.

Informationen und Rückfragen zu diesem Thema: medica mondiale e.V., Selmin Caliskan (Referentin für Menschenrechtsfragen), Tel. 0221-931898-29, Fax 0221-931898-1, mobil (am 07.06.07) 0177-4349038; scaliskan@medicamondiale.org

Toleranz gegenüber lesbischen und schwulen Jugendlichen muss gestärkt werden

Im Gegensatz zur Gesellschaft, in der Schwule und Lesben mittlerweile weitgehend akzeptiert und integriert sind, scheint es ausgerechnet an den Schulen weiterhin Probleme mit Diskriminierungen und Ausgrenzungen zu geben, wie aus Presseberichten und verschiedenen Studien hervorgeht. So hat eine Studie des niedersächsischen Sozialministeriums ergeben, dass weniger als 20 % der betroffenen Jugendlichen bei verbaler Diskriminierung den Schutz durch den Lehrer erhalten

haben. In einem Antrag haben daher die Grünen gefordert, das Thema sexuelle Identität und sexuelle Orientierung durch entsprechende Schulmaterialien und Informationsangebote an den Schulen sowie Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zu unterstützen und damit die Toleranz gegenüber lesbischen und schwulen Jugendlichen zu stärken.

Renate Rastätter von den Grünen: "Bildung ist hier der Schlüssel, wir wollen damit der Vorurteilsbildung vorbeugen. Offenbar findet eine Thematisierung im Unterricht kaum statt. Wir wollen, dass das Kultusministerium mit solchen Angeboten eine verstärkte Sensibilisierung für dieses Thema an den Schulen ermöglicht." Außerdem wollten die Grünen, dass das Kultusministerium ein Forschungsprojekt zur Einstellung baden-württembergischer schulpflichtiger Jugendlicher zum Thema Homosexualität initiiert.

In der jetzt vorliegenden Stellungnahme von Kultusminister Rau wird darauf hingewiesen, dass die neuen Bildungspläne "weniger über Inhalte als über Kompetenzen das Unterrichtsgeschehen steuern", es daher den Schulen frei stehe, "Toleranz an religiösen oder z.B. an der Frage der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen einzuüben". Auch in vielen anderen Fächern könne das Thema gleichgeschlechtliche Lebensweise z.B. im Fach Biologie – erarbeitet werden.

"Alle Fragen, die Jugendliche bewegen, sollten in der Schule ihren Platz finden", so der Kultusminister.

Nichtsdestotrotz lehnt die Landesregierung jede weitere Initiative ab. Weder will sie sich um die Erstellung von Unterrichtsmaterialien und Informationsangeboten kümmern noch konkrete Weiterbildungsangebote machen. Ein Forschungsprojekt zu den Einstellungen Jugendlicher lehnt Rau rundweg ab.

"Damit, so Renate Rastätter, "wird die Landesregierung der Situation von Lesben und Schwulen an den Schulen nicht gerecht." Der niedersächsischen Studie zu Folge waren rund die Hälfte der lesbischen oder schwulen Jugendlichen Beschimpfungen und Beleidigungen ausgesetzt, rund zehn Prozent erlebten dabei auch körperliche Gewalt. 18 Prozent der Jugendlichen haben bereits einen oder mehrere Suizidversuche hinter sich. Rastätter:

"Meines Erachtens zeigen diese Zahlen einen akuten Handlungsbedarf. Solange die Landesregierung aber selbst die Erhebung der Situation an den Schulen des Landes verweigert, kann sie sich nicht einfach auf die Freiheit der Schulen bei der Bearbeitung des Themas zurückziehen. Denn hier geht es nicht darum, es der Selbstständigkeit der Schule zu überlassen, mit welchem Thema sie ein Bildungsziel (hier: Toleranz) zu erreichen versucht. Hier geht es vielmehr um unmittelbar Betroffene an den Schulen. Deren Schutz, Akzeptanz und Integration muss ein vorrangiges Ziel sein jenseits der Frage, was Bildungspläne vorschreiben oder offen lassen.

Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

30.000 Euro Belohnung im Kampf gegen Genitalverstümmelung im United Kingdom

UN-Botschafterin und Bestsellerautorin Waris Dirie verdoppelt Scotland Yard's Belohnung von 15.000 Euro auf der Jagd nach kriminellen Beschneiderinnen im United Kingdom.

Eine Belohnung von 30.000 Euro wurde von Scotland Yard ausgesetzt für jede Information, die dazu führt, dass Männer oder Frauen, die weibliche Genitalverstümmelung praktizieren in Großbritannien verhaften und angeklagt werden.

Das Projekt Azure, das von der Kindesmissbrauchsabteilung der größten britischen Polizeieinheit der Londoner Metropolitan Police (Scotland Yard) vorgestellt wurde, startet heute in Großbritannien. Nach Ermittlungen von Scotland Yard werden im Besonderen die Sommerferien (Beginn am 30. Juli in Großbritannien) von Eltern genutzt, um diese verbrecherische Praxis an ihren Töchtern ausführen zu lassen, da die schweren Verletzungen der Mädchen ausheilen müssen.

Detective Chief Superintendent Alistair Jeffrey, Chef der Kindesmissbrauchsabteilung der Metropolitan Police sagte: „Das ist kein Angriff auf die Kultur von Menschen. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass FGM eine extreme Form von Kindesmisshandlung ist, illegal ist und in Großbritannien nicht toleriert wird. Menschen, die FGM praktizieren, müssen im

Großbritannien mit Freiheitsstrafen bis zu 14 Jahren rechnen. Egal, ob das Mädchen in Großbritannien oder in ihrem Heimatland genital verstümmelt wurde. Den kleinen Mädchen wird von den Großeltern bzw. Eltern eingeredet, dass sie im Heimaturlaub ein besonderes Geschenk bekommen bzw. eine richtige Frau werden. Dann werden sie gezwungen weibliche Genitalverstümmelung zu erleiden. Die medizinischen Konsequenzen sind extremer Schmerz, Schock, Infektionen, Blutvergiftung, Unfruchtbarkeit, Inkontinenz, HIV und oft sterben die Mädchen nach dieser Tortur. Wir schätzen, dass derzeit 66.000 Mädchen in Großbritannien von weiblicher Genitalverstümmelung bedroht sind.“

Detective Chief Superintendent Alistair Jeffrey: „Wir arbeiten bei diesem Projekt mit UN-Botschafterin Waris Dirie und ihrer Foundation zusammen. Ein Aufklärungsvideo mit Waris Dirie wird ab heute in Großbritannien an Polizeistationen, Schulen, Spitäler, Fürsorgeeinrichtungen und an die afrikanischen Communities verteilt.“
Waris Dirie: „Ich unterstütze diese Kampagne von Scotland Yard aus ganzem Herzen. Deshalb habe ich am Video mitgewirkt und verdopple die Belohnung, die zur Ergreifung von Beschneiderinnen oder kriminellen Ärzten in Großbritannien führt, auf 30.000 €

Die Menschen müssen wissen, dass diejenigen, die trotz besseren Wissens an dieser kriminellen und sinnlosen Praxis festhalten, schwer bestraft werden. Aufgeklärt und geredet wurde genug. Ich rufe alle Politiker auf, dem britischen Beispiel zu folgen und endlich konsequent gegen dieses Verbrechen vorzugehen. Bisher habe ich von vielen bloß salbungsvolle Worte und halbherzige Initiativen gehört. In Europa leben mehr als 500.000 Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind und jedes Jahr sind zehn Tausende Mädchen in den Ferien massiv gefährdet. Wenn die europäischen Staaten wollen, wären sie in der Lage zumindest die Mädchen, die hier in Europa leben, vor Genitalverstümmelung zu beschützen.

FGM hat nichts mit Tradition, Kultur oder Religion zu tun. Es ist die zynischste Form von Kindesmissbrauch.“ – so Waris Dirie. Scotland Yard hat eine eigene Hotline für

diese Kampagne eingerichtet 0044 20 7230 8392.

Anonym angezeigt werden kann bei Crimestoppers 0 800 555 111.

Vizepräsident Waris Dirie Foundation Für telefonische Rückfragen stehen Ihnen Frau Joanna Jasik 0043 664 35 70 115 Herr Walter Lutschinger 0043 664 52 27 249 zur Verfügung.

Alle 10 Sekunden wird ein Mädchen genitalverstümmelt. Sie leiden ein Leben lang an den körperlichen und seelischen Verletzungen, viele sterben daran.

Bitte helfen Sie Waris Dirie dieses Verbrechen zu stoppen!

Pressemitteilung / 11. Juli 2007

Koran-Urteil empörte Politiker

Eine Frankfurter Richterin, die mit Verweis auf den Koran Gewalt gegen eine Ehefrau gerechtfertigt hatte, provoziert einen Sturm der Entrüstung in Deutschland. Die Juristin fand es offenbar normal, wenn muslimische Ehemänner ihre Frauen schlagen.

„Ich bin entsetzt, es tut weh, was da passiert ist“, sagte am Mittwoch der SPD-Rechtsexperte Dieter Wiefelspütz.

Bei dem Fall geht es um eine 26-jährige aus Marokko stammende Deutsche. Sie hatte im vergangenen Herbst beim Frankfurter Amtsgericht einen Antrag auf Scheidung vor Ablauf der einjährigen Wartefrist eingereicht, weil sie von ihrem marokkanischen Ehemann geschlagen und mit dem Tod bedroht werde. Die zuständige Richterin lehnte dies mit Verweis auf den Koran ab.

In einem Brief an die zweifache Mutter schrieb sie, dass kein Härtefall vorliege: „Die Ausübung des Züchtigungsrechts begründet keine unzumutbare Härte gemäß Paragraph 1565 BGB.“ Beide Ehepartner stammten aus dem marokkanischen Kulturkreis, für den es nicht unüblich sei, dass der Mann gegenüber der Frau ein Züchtigungsrecht ausübe.

Das Amtsgericht Frankfurt gab am Mittwoch einem Befangenheitsantrag der deutsch-marokkanischen Frau statt und entzog der Richterin damit den Fall.

Disziplinarische Konsequenzen gefordert

Das Verhalten der Richterin sei eine gravierende Fehlleistung, die nicht durch einen stattgegebenen Befangenheitsantrag aus der Welt zu schaffen sei, rügte Wiefelspütz. "Die richterliche Unabhängigkeit darf nicht gefährdet werden, aber die Justiz muss wissen, dass sie nicht einfach so zur Tagesordnung zurückkehren kann", sagte er, ohne ins Detail zu gehen.

Die Rechtsexpertin der Unionsfraktion, Ute Granold, sprach von einem "skandalösen Ereignis" und forderte disziplinarische Konsequenzen für die Richterin: "Es muss zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde kommen, zumindest muss die Frau an ein Zivilgericht versetzt werden".

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Jerzy Montag, bezeichnete das Verhalten der Richterin als "Akt der Rechtsverwirrung". Im Gespräch mit der FTD warnte er jedoch davor, die Unabhängigkeit der Richter zur Disposition zu stellen: "Welche Konsequenzen der Richterin drohen, ist allein Sache der Justiz." Montag warf die Frage nach der Ausbildung der Richter auf: "Wie kann ein solches Rechtsverständnis bei einer deutschen Richterin vorliegen?"

Sebastian Engelmann (Berlin)

Laut & Luise

Lilli Marleen oder dürfen Frauen Männerlieder singen?

Die Glosse von Luise F. Pusch:

Im Tamino-Klassikforum unterhalten sich 13 Männer und eine Frau über das Thema, ob Frauen z.B. Schuberts "Winterreise", Schumanns "Dichterliebe" oder Mahlers "Lieder eines fahrenden Gesellen" singen dürfen.

Nachdem Männer in der Oper von Monteverdi bis Gluck zahllose Frauenrollen gesungen haben (Sängerinnen und Schauspielerinnen auf öffentlichen Bühnen waren damals verpönt), ohne sich die Frage zu stellen, ob sie das "dürfen", wirkt diese Frage auf eine Frau schon etwas seltsam -

sie wird von den 13 Männern aber sehr ernsthaft erörtert.

Über hundert Jahre lang haben Sängerinnen sich m.W. an das ungeschriebene Gesetz gehalten, dass diese "Männerzyklen" "männliches Eigentum" sind. Die erste, die gegen die Regel verstieß, war Lotte Lehmann, die sich auch sonst allerlei herausnahm und die letzten 37 Jahre ihres Lebens mit einer Frau verbrachte. Auch Christa Ludwig, Brigitte Fassbaender, Janet Baker und Jessye Norman haben die "Männerlieder" einfach gesungen. Sängerinnen der allerersten Garnitur also, die sich nicht mit den "Frauenzyklen" à la "Frauenliebe und -leben" bescheiden mochten.

Was lesen wir nun aber über diese kühnen Taten im Tamino-Klassikforum?

Auch wenn ich die Winterreise einst mit Christa Ludwig im Musikverein hörte, sicher einer der besten Interpretinnen dieses Zyklus - Ich bin der Meinung das sollte nur ein Mann singen.

meinen persönlichen Geschmack trifft es nicht, wenn Schubertlieder ... von den Damen gesungen werden. Verboten kann und darf man es natürlich nicht

Als ich "Trockene Blumen" von Schubert mit einer Frauenstimme gehört habe, fand ich das intuitiv sofort "unpassend". Das gilt auch für andere Lieder aus "Die schöne Müllerin".

Da man den Sinn der Texte doch halbwegs beachten sollte, und eine Identifikation der Interpreten mit dem Text selbstverständlich sein sollte, ist das Besingen lesbischer Liebe noch nicht so alltäglich für mich...

Die Dichterliebe von Schumann ist für mein Empfinden ein Zyklus für die hohe oder mittlere Männerstimme, Tenor oder Bariton also. Einzelne Lieder wie "Ich hab im Traum geweinet" sind schon frauentauglich...Doch der komplette Zyklus ist für einen Mann.

Es gibt sicher einige hier sogenannte "Männerlieder" die auch von Frauen sehr schön klingen aber ich muss ganz ehrlich sagen dass es mir gefühlsmässig nichts gibt! Die Winterreise von einer Frau ergreift mich einfach nicht und macht auch keinen Sinn.

vielleicht könnte frau ja singen: das männchen sprach von Liebe...

Und gerade dieses Lied (Erlekönig) finde ich ein Lied, daß nur Männer singen sollen. Ich hab's sowohl Männer als Frauen singen hören. Und bei den Frauen vermisse ich etwas. Laßt mich das mal "Tiefe" nennen.

Es sei nicht verschwiegen, daß 5 Männer und auch die einzige Frau der Diskussionsrunde nichts dagegen haben, wenn Frauen „Männerlieder“ singen. „Grimgerdes Schwester“ erinnert an das menschliche Abstraktionsvermögen:

Wenn man sich durchliest, was die meisten Sängerinnen darüber sagen, wird man feststellen, dass sie abstrahieren. Es geht weniger darum, wen man da besingt, sondern darum, was man empfindet. Aber selbst wenn da nicht abstrahiert würde - ist das ein Problem?

Da wird ihr nun aber ganz energisch widersprochen:

Abstrahieren kann der Künstler. Vielleicht. Aber kann das Publikum es auch? Denn es geht ja um die Interaktion zwischen Sänger(in) und Publikum. Es ist schon öfter in diesem Forum gesagt worden. Hier gibt es nicht den Durchschnittshörer. Was man Taminomitgliedern zumuten kann, darf man nicht Otto Normalverbraucher zumuten.

Otto Normalverbraucher? Das Publikum? Sie haben diese Scheinfrage schon vor fast 70 Jahren, im Zweiten Weltkrieg, klar entschieden:

Das Lied „Lili Marleen“ von Hans Leip, gesungen von Lale Andersen, war das Lieblingslied der Frontsoldaten. Sie waren so süchtig danach, dass sie massenhaft protestierten, als der Soldatensender Bel-

grad es nicht mehr regelmäßig zum Abend sendete. Dass es ein „Männerlied“ ist (im Text sehnt sich ein Mann nach seiner Lili Marleen), scherte sie kein bisschen. Die meisten Soldaten werden sich nach einer oder ihrer Frau/Freundin gesehnt haben. Diese Sehnsucht linderte Lale Andersens Stimme.

Können Millionen irren? Noch dazu ausgerechnet Soldaten, in so einer „delikaten“ Frage?

Luise F. Pusch am 28.07.2007

© 2007 Fembio e.V. <http://www.fembio.org>

Themen

Studie: Jungen nehmen Mädchen am Pausenhof Platz weg.

Stereotypes Geschlechterverhalten weiterhin präsent.

Pausenhof: Blaue Flächen werden von Jungen genutzt. An einem Großteil der Schulen ist immer noch ein stereotypes Geschlechterverhalten vorherrschend. So spielen Jungen zwischen sechs und 14 Jahren in der Pause Fußball, während Mädchen sich mit Seilspielen und Plaudern beschäftigen. Jungen beanspruchen dadurch in Pausenhöfen viel mehr Platz als Mädchen und drängen diese räumlich an den Rand.

Zu diesem Schluss kommt das kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekt "Schulfreie Räume und Geschlechterverhältnisse" des sportwissenschaftlichen Instituts der Universität Wien

<http://zsu-schmelz.univie.ac.at>

"Über die letzten Jahre hat sich trotz Gender-Mainstreaming offensichtlich wenig geändert", meint Projektleiterin Rosa Diketmüller. "Unsere Beobachtungen an 20 Volks- und Unterstufenschulen haben gezeigt, dass beide Geschlechter immer noch extrem dem klassischen Rollenbild entsprechend agieren."

Geschlechterrollen-untypische Verhaltensweisen bildeten dabei eher die Ausnahme. So spielten Mädchen nur vereinzelt beim Fußball mit und waren auch kaum in Raufereien verwickelt. Die Dominanz der Ballspiele führt der Wissenschaftlerin zufolge dazu, dass das geschlechterspezifische

Nutzungsverhältnis des Pausenraumes nicht ausgewogen ist.

Die Beobachtungen der Gender-Expertin decken sich mit früheren Studien zum Geschlechterverhalten von Kindern im öffentlichen Raum, die zeigen, dass Mädchen Freiräume wie Parks, Wiesen oder Plätze viel weniger nutzen als Jungen. Besonders die eingezäunten Spielflächen in Parks werden beinahe ausschließlich von Jungengruppen dominiert, Mädchen sind dort kaum sichtbar.

Um ein ausgewogeneres Nutzungsverhalten auf dem Pausenhof zu gewährleisten, rät Diketmüller die Raumaufteilung - wenn möglich - zu verbessern und Ballspiel-Flächen nicht zum dominierenden Element zu machen. Darüber hinaus habe sich auch gezeigt, dass das Ungleichgewicht sehr wohl mit genderorientierten Maßnahmen und einer verstärkten Bewusstseinsbildung behoben werden kann. Dass Mädchen sich nicht natürlicherweise an den Rand drängen lassen, beweist Diketmüller zufolge eine ehemalige Mädchenschule, die erst seit wenigen Jahren koedukativ geführt wird. "Hier nehmen sogar die Mädchen mehr Raum in Anspruch, da sie es gewohnt sind, Platz zu haben. Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Schulen lassen sie sich ihre Bereiche nicht durch Fußball spielende Jungen wegnehmen", so Diketmüller.

presstext.austria

Redakteur: Martin Stepanek.

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=070420024>

Frauen leben länger – aber wovon?

SozialpolitikerInnen warnen seit Jahren eindringlich vor einer neuen Altersarmut, die nicht nur mit der demografischen Entwicklung, sondern vor allem auch mit der hohen Arbeitslosigkeit, mit niedrigen Löhnen sowie mit immer weiter verbreiteten prekären Beschäftigungsverhältnissen insgesamt zusammenhängt. Im Vergleich zu Männern sind Frauen schon jetzt viel häufiger von Altersarmut

betroffen und werden es – wenn sie nicht gegensteuern – künftig weiterhin sein, wie den intensiv diskutierenden TeilnehmerInnen bei zwei Seminaren in Mainz und

Saarbrücken vorgerechnet wurde. *Frauen leben länger – aber wovon?* – dazu gab es deprimierende Antworten.

Das ist die Ausgangslage: Frauen verdienen immer noch weniger als Männer – im Durchschnitt 24% weniger. Ihre Berufsbiografie ist wegen der Kinder oder zu pflegender Angehöriger häufiger unterbrochen, auch arbeiten viele Frauen in Teilzeit.

Die Folge ist eine wesentlich niedrigere Rente als die der Männer. Nicht nur haben sie geringere Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, oft erfüllen sie auch nicht die Voraussetzungen für eine betriebliche Altersversorgung. Hinzu kommt, dass sie wegen des geringeren Verdienstes weniger Geld für eine private Zusatzversorgung zur Verfügung haben. Sparen sie sich das Geld dennoch mühsam ab, müssen sie erleben, dass wegen des sogenannten Langlebkeitsrisikos ihre Konditionen ungünstiger sind als die der Männer. Wie kann Frau also trotz dieser Nachteile besser für das Alter vorsorgen und welche sinnvollen Angebote gibt es speziell für Frauen, um strukturelle Benachteiligungen auszugleichen? Die Antworten der Fachreferentinnen dazu: Frauen müssen frühzeitig aktiv werden, sie dürfen die Entscheidung über eine zusätzliche Altersversorgung nicht immer weiter hinausschieben. Und: Gerade Frauen sollen sich für die gesetzliche Rente einsetzen, da diese die einzige wirklich gendergerechte Form der Altersvorsorge ist.

Einfach war es nie. In den siebziger Jahren gründeten junge Frauen voller Hoffnung reine Frauenbetriebe mit autonomen antihierarchischen Strukturen. Die freie Journalistin und Autorin mehrerer Sachbücher, Sibylle Plogstedt, hat darüber ein Buch geschrieben: *Frauenbetriebe: Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin*. Zum Internationalen Frauentag 2006 wurde dieses Buch von der Professorin Dr. Heide Pfarr (Hans-Böckler-Stiftung) in der FES in Bonn vorgestellt.

Spannend war die Diskussion mit Frauen, die bis heute durchgehalten haben, unter anderem eine Schreinerin, heute im Vorstand des Handwerkerinnenhauses in Köln, eine Soziologin, Verlagsleiterin des Ulrike Helmer Verlages, in dem schon mehr als 300 Bücher erschienen sind, und die Besitzerin des Frauenbuchladens A-

mazonas in Bochum. Alle Frauen berichteten, dass der konsequente Ausschluss von Männern immer wieder heftig kritisiert worden sei. Sie erzählten von Machtkämpfen, Krächen und von kollektivem Ausflippen, aber auch von der Leidenschaft und Freude, mit der gelernt, debattiert und gearbeitet wurde. Schwierig sei immer wieder die hohe Erwartungshaltung der mitarbeitenden Frauen selbst gewesen, die sich in der Praxis kaum einlösen ließ. Es fehlt, so diagnostizierte die Runde, bis heute eine breite Auseinandersetzung mit den Barrieren, die den Erfolgen im Wege stehen. Eins allerdings sei sicher: „Selbstverwirklichung in der Buchhaltung klappt nicht“.

Aus: Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 2006 / Perspektiven 2007

Gestiegene Einkommensunterschiede:

Grüne: Quittung für frauenpolitische Passivität der Bundesregierung

Zu der heute in Brüssel vorgestellten Studie der EU-Kommission, die Deutschland steigende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bescheinigt, erklärt Irmgard Schewe-Gerigk, Parlamentarische Geschäftsführerin und frauenpolitische Sprecherin:

Auch wenn es vor allem eine Tendenz ist - der Anstieg der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland macht deutlich: Die Bundesregierung ist auf dem Holzweg wenn sie glaubt, sie könne mehr Gleichberechtigung allein mit ein paar familienpolitischen Maßnahmen erreichen - und selbst dabei noch auf der Hälfte stehen bleiben. Die heute vorgestellte Studie der EU-Kommission zeigt klar, dass die Bundesregierung sich auf vielen Ebenen anstrengen muss, um den Trend des wachsenden Lohnabstandes umzudrehen.

Sie muss endlich den Mut haben, bei der Durchsetzung von Gleichberechtigung auch direkt bei den Unternehmen anzusetzen. Warum nicht Frauenfördermaßnahmen und gerechte Entlohnung in Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen als Kriterium anlegen, wie es uns die EU-Kommission nun vorschlägt? Wir fordern das seit langem. Die Tarifparteien müssen endlich verbindliche

Regelungen zur gleichen Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit vereinbaren. Und um die Rechte der Arbeitnehmerinnen zu stärken, soll die Vorschrift im Artikel 141 des

EG-Vertrages - "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" - künftig nicht mehr nur individuell, sondern auch kollektiv gerichtlich durchgesetzt werden können. Viele weitere Maßnahmen sind nötig: So verpassen Frauen in Deutschland wichtige Karriereschritte, weil sie nach wie vor lange Familienphasen einlegen und häufig Teilzeit arbeiten. Der Ausbau der Kinderbetreuung muss endlich auch umgesetzt werden. Wirtschaft und Bundesregierung dürfen die Potenziale der Frauen nicht länger nur mit schönen Worten beschwören - sie müssen nun auch beweisen, dass es ihnen ernst damit ist, sie zu gewinnen. *Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Pressemitteilung v. 18. Juli 2007, <http://www.gruene-bundestag.de>*

LINKE: Kanzlerin tut nichts, um Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen

Zur Vorstellung der Studie zu den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern in der EU erklärt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Kirsten Tackmann:

Der viertletzte Platz Deutschlands in der EU bei den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern ist ein tiefer Kratzer im Lack der Kanzlerin. Sie hat es versäumt, in der Zeit ihrer EU-Ratspräsidentschaft und dem immer noch laufenden Jahr der Chancengleichheit auch nur ein Signal für einen Abbau dieses gravierenden gesellschaftlichen Problems zu setzen. Im Gegenteil. Merkels gestern bekräftigte Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns verfestigt die massive Benachteiligung von Frauen in Deutschland. Unter der Kanzlerschaft Angela Merkels bleibt Deutschland im gleichstellungspolitischen Niemandsland.

Die EU-Studie zeigt darüber hinaus, dass Frankreich nicht nur in Vereinbarkeit von Beruf und Familie wesentlich fortschrittlicher ist, sondern auch in der Entlohnung von Frauen. In Deutschland wird stattdessen monatelang debattiert. Bewegt hat sich nichts.

Hierzulande ist es gängige Praxis, dass Mädchen und Frauen nach wie vor die schlechteren Zukunftschancen haben. Sie werden schlechter entlohnt oder in sogenannte Frauenberufe abgeschoben. Dank der vorliegenden Studie kommt wieder Bewegung in die Debatte. Ob diese Warnung eine Wirkung zeigen wird, bleibt allerdings fraglich.

DIE LINKE wird sich deshalb weiterhin für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einsetzen. Es bleibt eine zentrale gleichstellungspolitische Forderung der LINKEN: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Pressemitteilung der Fraktion Die LINKE v. 19.07.2007

Schavan: "Wir müssen das Potenzial der Frauen nutzen!"

Ministerin eröffnet Fachkongress zu Gender in der Forschung geschlechtsspezifische Wissenschaft soll Innovationen stärken "Exzellenzförderung in der Wissenschaft darf nicht die Hälfte der Begabungen vernachlässigen. Hoch qualifizierte Frauen müssen angemessen eingebunden werden." Das forderte Bundesforschungsministerin Annette Schavan am Mittwoch bei der Eröffnung der Tagung "Gender in der Forschung - Innovation durch Chancengleichheit" in Berlin. Schavan mahnte einen Mentalitätswechsel an, um das deutsche Wissenschaftssystem fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft und den Forschungsstandort Europa: "Wenn wir die eingefahrenen Wege nicht verlassen, vergeuden wir ein enormes innovatives Potenzial." Dabei betonte die Ministerin zum einen die Rolle von Frauen als Wissenschaftlerinnen, und wies zum anderen auf das Zusammenspiel von zukunftsorientierter Forschung, Gender und Innovation hin: "Forschung, die geschlechtsspezifische Fragestellungen im Blick hat, ist die Basis für innovative Technologien, Produkte und Dienstleistungen für die Märkte von morgen."

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007 diskutieren hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik am 18. und 19. April 2007 wichtige Aspekte von Gender und Forschung. Während der erste

Konferenztag Gleichstellungsstrukturen in Forschung und Lehre in den Blick nimmt, liegt der Fokus am Donnerstag auf Innovation durch Genderaspekte in der Forschung.

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaftskarriere hat die Bundesregierung mit dem neuen Befristungsrecht in der Wissenschaft und dem familienfreundlichen BAföG bereits entscheidende Impulse gesetzt. So muss beispielsweise der Zuschlag für Betreuungsmehraufwendungen von Studierenden mit Kindern nicht zurückgezahlt werden - damit wird die Familiengründung während der Studienzeit begünstigt. Die zulässige Befristungsdauer in der wissenschaftlichen Qualifizierungsphase hat die Bundesregierung um zwei Jahre für jedes Kind verlängert.

In Europa fehlen schätzungsweise 700.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um die Ziele von Lissabon zu erreichen. "Wir brauchen eine Forschungslandschaft, die alle Talente nutzt. Das Potenzial ist in Deutschland ausreichend vorhanden", so Schavan. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass die Gleichstellung von Frauen in Forschung und Wissenschaft längst nicht erreicht ist. Zwar sind 48 Prozent aller Studierenden Frauen. Bei den Promotionen schrumpft ihr Anteil aber schon auf 39 Prozent, bei den Habilitationen auf 23 Prozent. Nicht einmal jede zehnte C-4-Professur ist von einer Frau besetzt. Bei den Führungspositionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen liegt ihr Anteil bei lediglich sieben Prozent. Auch in der industriellen Forschung sind Frauen mit einem Anteil von zwölf Prozent deutlich unterrepräsentiert.

Schavan möchte die Zahl der Frauen auf Professorenstellen erhöhen und spricht sich für ein zusätzliches Engagement der Bundesregierung aus, um dieses Ziel zu erreichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) plant derzeit ein neues Programm, das Frauen in Wissenschaft und Forschung fördert. Dazu gehört auch ein Wettbewerb, der die besten Frauenförderprogramme der Hochschulen prämiert.

Wichtige Impulse erwartet die Bundesregierung von der Genderforschung für die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, wie sie in der Hightech-Strategie

angelegt ist. Spezifische Erkenntnisse über Frauen und Männer müssen in eine zukunftsorientierte Forschung und Entwicklung von Anfang an einfließen. Mögliche Anwendungen reichen von der Automobilentwicklung bis hin zur Gesundheitsforschung. In der Pharmakologie wird beispielsweise durch geschlechtsgetrennte Studien deutlich, dass bestimmte Wirkstoffe bei Frauen niedriger dosiert werden können, weil sie sich stärker in deren Blut anreichern. "Solche Forschung kann unser Gesundheitssystem wirksamer und bezahlbarer gestalten", sagte Schavan.

In der Bildung - etwa bei den spezifischen Bildungsdefiziten von Jungen - sind Ergebnisse aus der geschlechtssensiblen Forschung nötig, um gezielt fördern zu können. Das BMBF hat hierzu eine in Kürze erscheinende Studie in Auftrag gegeben.

Weitere Informationen zu der Konferenz und einen Link zum Programm finden Sie im Internet unter

www.bmbf.de/de/7284.php

Weitere Informationen zur europäischen Forschungspolitik und zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden Sie im Internet unter www.bmbf.de und unter www.eu2007.de.

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung v. 18.04.2007

Nachrichten

Inder sind ein Volk von Kinderschändern

Zwei von drei indischen Kindern sind bereits einmal das Opfer von Misshandlungen geworden. Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen wurden sexuell missbraucht, wie aus einer Untersuchung der indischen Regierung hervorgeht.

Es war die erste Regierungsstudie zur Gewalt an Kindern in Indien. Wie Medien am Dienstag berichteten, liess das Ministerium für Frauen und Kindesentwicklung zwei Jahre lang fast 15 000 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 24 Jahren befragen.

Mehr als die Hälfte der misshandelten oder missbrauchten Kinder sind Jungen.

Oft waren die Täter Freunde oder Angehörige der Familien ihrer Opfer.

Die zuständige Ministerin sagte in einem Interview: "Kindesmissbrauch wird verschleiert, es gibt ein verabredetes Schweigen über die ganze Angelegenheit." Die Studie habe eine "maßlose Ungerechtigkeit" gegenüber den Kindern verdeutlicht. Das Ministerium erarbeite nun ein Gesetz zum Schutz der Kinder. "Darin werden genau die Vergehen gegenüber Kindern und harte Strafen festgelegt", sagte die Ministerin.

Quelle: www.20min.ch

Urteil im Pädophilen-Prozess: 500.000 Kinder pornos gespeichert

Im jahrelangen Prozessmarathon um den bislang größten Kinderpornoring in München ist das bis dato härteste Urteil gesprochen worden.

Wegen Verbreitung pornographischer Schriften verurteilte das Amtsgericht den Programmierer Robert P. zu zwei Jahren Gefängnis. Der 49-Jährige hatte Richter Robert Grain zufolge Bilder und Videos in "noch nie dagewesenem" Umfang gehortet. Insgesamt soll es sich um rund eine halbe Million Dateien handeln.

Ausgangspunkt der Verfahrensserie war eine massive Polizeiaktion im Oktober 2003 gegen Pädophilenkreise. Damals wurden in München und Umgebung zahlreiche Wohnungen durchsucht, zigtausende Bilder und Videos beschlagnahmt und 15 Männer festgenommen.

Durchsucht wurden auch Räume in der Enhuberstraße (Maxvorstadt), wo sich regelmäßig die "Pädophile Selbsthilfe- und Emanzipationsgruppe München" traf. Robert P. war der "Spendensammler" der Gruppe und sorgte für die Weiterleitung der Miete an den Vermieter.

Als die Polizei seine Wohnung durchsuchte, stieß sie auf raffiniert verschlüsselte Computerdateien, die selbst für Experten vom Landeskriminalamt nicht zu knacken waren. 165 000 Fotos und 800 Videos konnten rekonstruiert werden, einer Hochrechnung zufolge waren auf den insgesamt sichergestellten 17 Festplatten und 1000 CD-Roms aber wohl eine halbe Million Dateien abgespeichert.

Robert P. hatte selbst eingeräumt, sechs Jahre lang alle ihm zugänglichen Kinder pornos (in der Szene werden sie "Kipos" genannt) heruntergeladen zu haben. Eine strafbare Handlung sieht er darin indes nicht. In seinem zweistündigen Schlusswort betonte er, alles nur zu "wissenschaftlichen Zwecken" gesammelt zu haben.

In der Selbsthilfegruppe sei es allein darum gegangen, das "angeschlagene Selbstbewusstsein der Pädophilen" zu stärken und sie zu einem "straffreien Leben" anzuhalten. Er habe niemals Kinderpornographie an andere weitergegeben, der bloße Besitz sei aber seiner Ansicht nach nicht strafbar: "Nicht alles, was moralisch bedenklich ist, ist auch gleich strafbar."

Das Verfahren gegen Robert P. hatte sich ein Jahr lang hingezogen, weil er das Gericht mit immer neuen Anträgen regelrecht überschüttet hatte. Staatsanwalt Dirk Dombrowski sprach von einem "impertinenten" Auftreten und einer "rechtsfeindlichen Gesinnung". Der Angeklagte sehe einfach nicht ein, dass Kinderpornographie strafbar sei, und er habe sogar die Stirn gehabt, dem Gericht seine "Schmuddelhefte" mit Nacktaufnahmen von Kindern vorzulegen.

Der Staatsanwalt forderte daher sogar eine Haftstrafe von drei Jahren. Verteidiger Günther Maull plädierte dagegen auf Freispruch aus rechtlichen Gründen. Die damalige Durchsuchung sei inzwischen als rechtswidrig eingestuft worden, alle sichergestellten Dateien dürften damit im Prozess nicht verwertet werden.

Bislang waren alle anderen Mitglieder des Pädophilenrings mit Geld- oder Bewährungsstrafen davongekommen. Robert P. wurde indes eine Strafaussetzung zur Bewährung versagt. Richter Grain sah dazu aufgrund der Dimension des Falles keine Veranlassung.

Da davon auszugehen ist, dass Robert P. das Urteil nicht annimmt, wird es demnächst ein Berufungsverfahren am Landgericht geben - vermutlich von ähnlicher Dauer wie am Amtsgericht.

Alexander Krug, SZ vom 13.4.2007

<http://www.sueddeutsche.de/ra10m3/muenchen/artikel/848/109739/>

EU Kommission startet online-Umfrage über Diskriminierung

Die EU-Kommission hat eine Online-Anhörung zur Bekämpfung von Diskriminierung in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene eingeleitet. Noch bis zum 15. Oktober können sich interessierte Privatpersonen und Unternehmen zum Thema äußern. Die Ergebnisse der Konsultation sollen der EU-Kommission helfen, Maßnahmen zu planen, mit denen sie auf Gebieten jenseits des Arbeitsmarktes gegen Diskriminierungen vorgehen kann.

„Wir möchten von möglichst vielen Menschen wissen, wie sie sich wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen beispielsweise im Gesundheits-, Bildungs- oder Wohnungswesen vorstellen“, sagte der für Chancengleichheit zuständige EU-Kommissar Vladimír Špidla am 4. Juli. Zwar verfüge die EU im weltweiten Vergleich über besonders weitreichende Rechtsvorschriften zur Diskriminierungsbekämpfung. Man wolle aber sicher gehen, „dass der Schutz vor Diskriminierungen gerade dort greift, wo er besonders gebraucht wird“.

Laut einer Studie von 2006 gibt es in allen EU-Staaten Rechtsvorschriften, die über die Anforderungen der Richtlinie zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf hinausgehen. In Regelungsgehalt und Geltungsbereich sind diese Vorschriften aber sehr unterschiedlich. Guter Schutz ist zumeist gegen Diskriminierung aus Gründen der Religion oder des Geschlechts gewährt. Das Verbot von Diskriminierungen aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung oder des Alters dagegen erstreckt sich häufig nur auf den Bereich Beschäftigung.

Nach einer Eurobarometer-Erhebung vom Januar 2007 glauben 64 Prozent der Europäer, dass in ihrem Land Diskriminierungen weit verbreitet sind, und 51 Prozent finden, dass zu wenig dagegen unternommen wird.

Literatur

Einige Fragen zur Antwort...

Antje Schrupp über Alice Schwarzer: Die Antwort. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007

Gewissermaßen mit einem "best of" ihrer zentralen Themen und Thesen hat sich Alice Schwarzer mit einem neuen Buch in die aktuelle Feminismus-Debatte eingeschaltet: die Natur der Frauen, den Islam, Abtreibung, Muttermythos, Berufstätigkeit, Dünnsein, Pornografie, Prostitution, Männer - zu jedem dieser Themen beschreibt sie kurz und knapp ihre Position. Viel Überraschendes findet sich da nicht (in der Tat verweist Schwarzer selbst immer wieder darauf, dass sie dasselbe schon vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren geschrieben und gesagt hat). Aber in dieser knappen, komprimierten Form ist das Buch hilfreich, um dem Phänomen auf die Spur zu kommen, dass die Person Alice Schwarzer im Kontext der Frauenbewegung immer wieder diese ganz spezielle Mischung aus Faszination und Unbehagen hervorruft.

Die Faszination beruht sicher darauf, dass kaum eine die Überzeugungen des Gleichheitsfeminismus so klar und in ihrer Logik bestechend auf den Punkt bringt wie Alice Schwarzer, also jener feministischen Strömung, die in der Differenz der Geschlechter ausschließlich ein Problem sieht und den Weg zur Freiheit der Frauen einzig in ihrer vollständigen Integration in die historisch männlich geprägten kulturellen und politischen Institutionen erblickt. Meisterlich dekliniert Schwarzer durch, wo die wunden Stellen einer Gesellschaft liegen, die sich die Gleichheit der Menschen auf die Fahnen schreibt, diese Gleichheit aber nur mehr oder weniger halbherzig auch auf den weiblichen Teil der Menschheit anwendet. Zu Recht freut sie sich, dass mit der erfolgreichen Emanzipation in westlichen Ländern dieses Herumlaviieren endgültig zum Scheitern verurteilt ist. Und unter dieser Prämisse hat Alice Schwarzer praktisch in allem recht, was sie schreibt.

Das Unbehagen hingegen beruht darauf, dass Alice Schwarzer nach wie vor nicht bereit ist, ihre Vorannahme, dass das Gleichheitsdenken und der dahinter stehende Universalismus der Weltanschauung die einzig mögliche "Antwort" ist, auch

nur einen Millimeter in Frage zu stellen. Vor den komplexen, vielfältigen, differenzierten feministischen Debatten der vergangenen drei Jahrzehnte ist sie völlig unberührt und unbeeindruckt geblieben: Alles, was von ihrer Linie abweicht, fällt unter das Verdikt "Differentialistinnen" (ein eigentümliches, von Schwarzer erfundenes Etikett), und die wiederum werden pauschal in die Rubrik "Biologismus" einordnet. Was natürlich jede Diskussion überflüssig macht, weil der Biologismus wie jede andere Form des Essenzialismus, der auf eine angebliche "Natur der Frau" oder ein woher auch immer kommendes "weibliches Wesen" baut, in der Tat falsch ist und zu nichts führt.

Dass das Denken der Geschlechterdifferenz aber keinesfalls auf Biologismus oder Essenzialismus gründet (auch wenn sich solche Tendenzen durchaus immer wieder dort finden lassen, was dann aber eben auch immer wieder kritisiert werden muss), sondern vor allem eine kulturelle und politische *Praxis* ist, will Schwarzer einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei schreibt sie selbst: "Realität jedoch ist, dass wir heute Frauen und Männer sind, Produkt nicht nur einer frühen Prägung, sondern auch einer lebenslangen alltäglichen Realität: der Zuweisungen, Erwartungen und Projektionen unserer Umwelt." (S. 24). Ich würde hinzufügen, dass diese Realität der sexuellen Differenz nicht nur etwas ist, das uns von außen gewissermaßen "aufgedrückt" wird, sondern etwas, das wir gleichzeitig auch immer selbst aktiv gestalten und mitprägen. Und Feminismus ist nach meinem Verständnis gerade die Reflektion dieser Wechselwirkung und daraus resultierend die politische Frage, auf welche Weise, mit welchen Mitteln und mit welchem Ziel wir uns in diesen immerwährenden Austauschprozess zwischen eigenem Begehren und gegebener Realität einbringen.

Dieses Thema (und eben *nicht* die Frage, ob es eine weibliche Natur gibt oder nicht) ist es, bei der sich mir einige wichtige Fragen zu Alice Schwarzers Antwort stellen. Diese lautet, dass die aus dem Patriarchat resultierenden Probleme so (und nur so) zu lösen sind, dass das postulierte Ziel der Gleichheit von Frauen und Männern möglichst umfassend realisiert wird, insbesondere durch entsprechende Gesetze und

Rahmenbedingungen. Meine Frage ist nun, ob wir nicht heute, nach mindestens zwanzig Jahren Emanzipationspolitik, kritisch reflektieren müssten, wo diese Strategie erfolgreich war - und wo nicht? Eine Frage, die durch Schwarzers jüngste Werbekampagne für die Bildzeitung ja noch einmal zusätzliche Brisanz gewonnen hat: Einiges ist der Emanzipationspolitik ganz offensichtlich so sehr gelungen, dass Feminismus heute nicht nur mit der offiziellen Regierungspolitik, sondern sogar schon mit der Bildzeitung kompatibel ist. Genau dieses Einvernehmen zwischen Feministin und Bildzeitung macht aber auch deutlich, dass, wer etwas Grundsätzliches an dieser Gesellschaft und ihrer Kultur verändern oder auch nur in Frage stellen will, nicht mit Alice Schwarzer rechnen oder sich auf sie berufen kann.

Schwarzer selbst thematisiert übrigens die Erfolge und Misserfolge des Gleichheitsfeminismus in ihrer "Antwort": Weitgehend erfolgreich, so schreibt sie, war diese Politik bei der Integration der Frauen in die Arbeitswelt, bei ihrem Vorstoß in die Politik, bei ihrem Kampf gegen Abtreibung, bei der Schaffung eines neuen Mutterbildes. Erfolglos hingegen war sie bei der Vermittlung eines neuen Frauenbildes an eine große Gruppe von Männern (siehe Kapitel Pornografie und Prostitution), bei den Konflikten mit anderen als westlichen Kulturen und Weltanschauungen (siehe Kapitel Islam), und vor allem bei der Einbeziehung von Männern in die Haus- und Fürsorgearbeit (siehe Kapitel Männer). Alice Schwarzers Antwort auf dieses Auseinanderklaffen zwischen erfolgreicher und erfolgloser Emanzipationspolitik ist allerdings sehr schlicht: Da, wo sie erfolglos war, war sie eben nicht konsequent genug, waren die Gesetze nicht streng genug, sind die Frauen nicht stark genug in die Verhandlungen gegangen usw.

Könnte es aber nicht sein, dass das Scheitern der Emanzipationspolitik bei zentralen Themen auch die Grenzen dieses Ansatzes aufzeigt? Denn es ist ja nicht so, dass die Logik der Gleichheit in allen Feldern mehr oder weniger erfolgreich war, sondern sie war in einigen Bereichen sehr erfolgreich, in anderen hingegen gar nicht oder hat das Problem sogar noch verschärft. Diesen Punkt gälte es zu analysieren. Offenbar ist die Geschlechterdifferenz

so tief in die kulturelle Praxis eingeschrieben, dass sie sich an bestimmten Punkten eben nicht mit einfachen Postulaten der Gleichheit aufarbeiten lässt.

Oder anders gesagt: Das Problem des Patriarchats war nicht einfach nur die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen, sondern diese war nur ein *Symptom* für viel tief greifendere Irrtümer. Alice Schwarzer selbst schreibt, dass die Aufteilung in die heute bekannten Geschlechterstereotypen gerade mal 200 Jahre alt ist, weil vorher die Frauen nicht als die "Anderen" galten, sondern als eine defizitäre Variante des Mannes. (S. 36). Der Irrtum, der feministischerseits zu beklagen wäre, liegt nun aber doch nicht nur in den relativ neuen bürgerlichen Geschlechterrollen, sondern eben auch schon in der Definition einer (männlichen) Norm in den Jahrhunderten *davor*. Es ist ein klassisches *patriarchales* Verständnis von Differenz, diese nur als Hierarchie oder defizitäre Abweichung von einer angeblichen Norm zu lesen. Und genau hier - nicht in der Zuweisung dieser Defizite an die Frauen - liegt die Wurzel all jener Probleme, die sich mit der Emanzipation alleine nicht lösen lassen. Weil Emanzipation und Gleichstellung zwar dafür sorgen können, dass es nicht mehr speziell die Frauen "trifft", alles andere aber beim (schlechten) Alten bleibt. Eine Tendenz, die heute schon ganz konkrete soziale Folgen hat, wenn etwa schlecht bezahlte Osteuropäerinnen in unsicheren Lebensverhältnissen die Haus- und Fürsorgearbeit in Deutschland übernehmen, oder wenn emanzipatorische Projekte wie der Ausbau von Krippenplätzen und das Elterngeld mit Kürzungen bei sozial schwachen Familien gegenfinanziert werden.

Gleichheitspostulate, auch feministische, stehen immer in der Gefahr, den grundlegenden Fehler des Patriarchats zu wiederholen, nämlich den, die Differenz zu leugnen und den westlich-weißen-erwachsenen Mann zur Norm des Menschseins zu erheben. Denn auch der Gleichheitsfeminismus denkt das Menschsein universalistisch und arbeitet mit Normen (wie es ja auch das explizite Programm von Alice Schwarzer ist). Eine kulturelle und politische Praxis der Differenz hingegen könnte die sozialen Probleme der heutigen Gesellschaften auf einer neuen

Ebene angehen und thematisieren. Sie könnte im Begehren und im Handeln von Frauen eine Ressource und eine Anregung sehen, auch dann, wenn es sich nicht auf das richtet, was eine traditionell männliche Kultur als wichtig, bedeutend und erstrebenswert deklariert hat. Dass eine solche politische Praxis der Differenz immer wieder Gefahr laufen wird, in Klischees und Stereotype abzudriften, ist richtig und muss dringend Gegenstand unserer Aufmerksamkeit sein. Aber seit wann lassen sich Feministinnen von Gefahren abschrecken?

www.antjeschrupp.com

Termine

"Frauengeschichte(n). Die Geschlechterdebatte um 1800 in Weimar und aktuelle Diskurse in Europa"

vom 11.8. - 25.8.2007

Ort: Weimar

Für alle europäischen Länder gilt: die Geburtenrate sinkt. Dies wird zumeist mit der Erwerbstätigkeit von Frauen begründet. Diese haben im letzten Jahrhundert tatsächlich den Weg aus der privaten in die öffentliche Sphäre geschafft. Dank neuer Möglichkeiten, sich zu bilden und beruflich zu qualifizieren, sind sie von der Eindimensionalität der Familienarbeit befreit und für ihre Lebensorientierung selbst verantwortlich. Diese ökonomische Unabhängigkeit der Frauen hat wesentlich zur Änderung der überkommenen Strukturen unserer Gesellschaft beigetragen.

Welche Folgen hat dies in der individuell-biographischen Sphäre als auch im politischen Bereich? Was wollen Frauen selbst und was wird von ihnen erwartet? Ist die Berufstätigkeit der Frauen wirklich die einzige Ursache für niedrige Geburtenraten? Welche Angebote macht die heutige EU-Politik, um tradierte Geschlechterrollen aufzubrechen?

Zur Verständigung über solche Fragen kann historische Erinnerung nützlich sein: Gemeinhin sucht man in der Aufklärungsepoche den Beginn der modernen Geschlechterdebatte. Ältere feministische Forschungen definierten den aufkläreri-

schen Diskurs über die Gleichheit und Freiheit der Menschen allerdings als ein "Gespräch", das die Frauen selbst weitgehend ausschloss. Mit der aktuellen Erforschung von Frauendarstellungen in der künstlerischen und literarischen Produktion von Frauen selbst und dem Wissen um deren Handlungsspielräume in der Zeit um 1800 entsteht jedoch ein weitaus komplexeres Bild heterogener Weiblichkeitsvorstellungen. Der Kurs geht diesen Vorstellungen nach und konfrontiert sie mit aktuellen europäischen Debatten. Informationen: Weimar-Jena-Akademie, Jakobstr. 10, D-99423 Weimar
Fon: +49 (0) 3643 - 495 574
Fax: +49 (0) 3643 - 770 637
E-Mail: sommerkurse@gmx.de
<http://www.sommerkurse-weimar.de/2007/kursh.html>

Women & Girls ROCK! 15. Niedersächsische Frauenmusiktage in Syke

22.- 26. August 2007

Ort: Syke

Endlich mal in einer Band spielen, auf dem eigenen Instrument ein paar neue Tricks lernen und vor allem mit anderen musikbegeisterten Frauen Spaß haben? Die Frauenmusiktage machen es möglich. Neben den abendlichen Sessions, einer Female Drumparade und dem Teilnehmerinnen-Abschlußkonzert bleibt noch genug Zeit, sich mit anderen Teilnehmerinnen auszutauschen. Gute Stimmung und einzigartige Erfahrung sind garantiert. In Kooperation mit dem Gymnasium und der Kreismusikschule organisiert die LAG Rock in Niedersachsen die beliebten Musikworkshops nur für Frauen. Dabei sind wieder Dozentinnen wie Anca Graterol (Gitarre/Hard&Heavy), Meike Koester (Akustikgitarre/Acoustic Songwriter Pop-Rock) oder Dana Weber (Gesang). Die Niedersächsischen Frauenmusiktage vermitteln vormittags Instrumentalunterricht und nachmittags werden die Teilnehmerinnen in verschiedenen Bands zusammengefasst: Unter Funk & Soul, Hard & Heavy, Blues, Acoustic Songwriter Pop Rock, Schlager, Blues und Jazz/Avantgarde können sich die Teilnehmerinnen eine Band aussuchen.

Die Frauenmusiktage ist die ultimative Veranstaltung für alle Mädchen und Frauen, die immer schon in einer Band spielen wollten! Die Frauenmusiktage sind sowohl für Anfängerinnen als auch für Fortgeschrittene offen.

Kosten: 200,- (150,- für Schülerinnen, Studentinnen, Harz IV-Empfängerinnen, Rentnerinnen) inklusive Verpflegung und Unterkunft in einer Turnhalle oder Zelten auf der Wiese.

Kontakt: LAG Rock Niedersachsen, Vera Beier-Lüdeck, Emil-Meyer-Straße 28, 30165 Hannover, Tel: 0511 - 351609, Fax: 0511 - 351870.

Frauenmusikfestival in Wales

22. - 28. August 2007

Zum 10. Mal jährt sich in diesem Jahr das auf einer schönen Wiese gelegene "Women in Tune" Festival in Wales (Großbritannien).

"Entfaltung der Kreativität und die Unterstützung der Fähigkeiten von Frauen in einer nicht konkurrierenden Atmosphäre." Mit diesem Ziel vor Augen, gestaltet das WIT eine Woche lang Tages-Workshops mit Musik und den angrenzenden Gebieten wie Tanz, Theater, Geschichten erzählen und am Abend präsentieren die Künstlerinnen und Workshopteilnehmerinnen auf unterschiedlichen Bühnen ihre Darbietungen. Besonders die so genannte „offene Bühne“ ermöglicht es unbekanntem Künstlerinnen ihren ersten Schritt zu einem gelungenen Auftritt mit einem sehr unterstützenden Publikum zu machen. Die Preise, Ort und Anmeldung finden sich auf der Webseite:

www.womenintune.org.uk

Rituelle Gewalt und Ausstieg aus Täterzusammenhängen

9.-10. November 2007

Ort: Göttingen, Hotel Clarion

Kasseler Landstraße 45

Rituelle Gewalt als organisierte sadistische Ausbeutung, die ritualisierten Charakter hat, kommt in der sog. „Kinderpornographie“ und „Kinderprostitution“ ebenso vor wie in der Zwangsprostitution von Jugendlichen und Frauen sowie in destruktiven Kulturen (in Afrika auch bei der Ausbildung von Kindersoldaten). Zweck ist

die systematische „Abrichtung“ von Kindern und Erwachsenen (in westlichen Industrieländern v.a. Frauen) zur Benutzung für die jeweilige Tätergruppe. Wenn wir die Opfer behandeln, müssen wir beachten, dass sie sehr häufig auch gezwungen wurden, andere Opfer für Misshandlungen auszuwählen und/oder sie selbst zu foltern. (Kindliche) Opfer werden durch Verwirrung, bizarre Szenarien, der Vermittlung des Gefühls, sie seien „Auserwählt“ sowie extreme Folter gezielt in ihrer Identität gespalten und müssen Dissoziation benutzen, um zu überleben.

Was sollten wir bei der Aussteigerberatung und der traumazentrierten Psychotherapie mit Opfern ritueller Gewalt besonders beachten? Wie helfen wir ihnen, aus der zerstörerischen Bindung an die Täter äußerlich und innerlich zu entkommen? Wie gewinnen wir Täterintrojekte zur Mitarbeit? Was tun gegen systematisch ausgeführte Befehle („Programme“)? Wie unterscheiden wir „falsche“ von „echten“ Überlebenden? Und wie bleiben wir bei dieser Arbeit seelisch und körperlich gesund? Mit Video-Demonstration und drei Stunden Fallsupervision.

Info und Anmeldung:

Renate Vorwald: vorwald@michaela-huber.com, T.: 561-2860640

www.michaela-huber.com

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechts-extreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur

Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, . 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, . 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Fraueäume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, .113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen – Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris – Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration – Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung

Kofra